Christlicher Textilarbeiter

Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: J. V.: Wilh. Röhling in Düsseldorf, Corneliusstraße 66. Telefon-Nr. 4423. Berichte und sonstige Beiträge sind bis Montags abends an die Redaktion in Düsseldorf einzusenden.

Anzeigen kosten die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt. Beilagen werden mit 5 Mk. das Tausend berechnet. Postzeitungsliste Nr. 1649.

Der „Christliche Textilarbeiter" erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pfg; durch die Post bezogen 90 Pfg. Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Acken in Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Telefon-Nr. 1358.

6. Jahrgang. Krefeld, Samstag, 3. Dezember 1904. (Auflage 20,000.) Nr. 49.

Zur Reform des Verbandsstatuts.

Zu dem in unserm Organ gebrachten neuen Statutenentwurf möchte ich noch kurz einiges bemerken:

Daß eine gründliche Reformierung unseres bisherigen Verbandsstatuts angebracht, in gewisser Hinsicht sogar notwendig geworden war, darüber sind wir uns jetzt wohl so ziemlich einig. Desgleichen darf man auch ruhig zugeben, daß der neue Entwurf der heutigen Zeit mehr angepaßt und im großen und ganzen auch wohl zur allgemeinen Zufriedenheit gestaltet worden ist. Freilich, für viele unserer Mitglieder wird die vorgesehene Regulierung der Beiträge eine kleine Beitragserhöhung bedeuten. Das ließ sich ja allerdings nicht anders machen, wenn etwas Einheitliches geschaffen werden sollte. Das bisherige System, wo der eine Bezirk 20, der andere wieder 25 Pfg. Beitrag erhob, ließ sich auf die Dauer doch nicht aufrecht erhalten. Zudem haben die betreffenden Mitglieder ja auch dafür den Vorteil, daß ihnen in Zeiten der Krankheit eine angemessene Unterstützung zuteil wird. Wir im Aachener Bezirk haben diese Unterstützungseinrichtung schon längere Zeit; ich glaube aber nicht, daß sich bei uns Mitglieder finden würden, welche diese Einrichtung wegen des 5 Pfg. Wochenbeitrages wieder missen möchten. Es ist daher anzunehmen, daß auch der ganze Verband auf die Dauer Vorteil davon haben wird.

Immerhin aber werden sich, in diesem Punkte sowohl als auch in anderer Hinsicht, bei dem neuen Entwurfe noch Abweichungen oder gar noch Mängel ergeben. Man darf aber wohl annehmen, daß, wenn die verschiedenen Meinungen in sachlicher Weise zum Ausdruck kommen, dieses nicht als eine Art Kritik oder sonst was empfunden wird, sondern als ein Bestreben, das darauf hinzielt, der Sache zu dienen und dieselbe zu fördern.

Da möchte ich denn nun zunächst vorschlagen, in dem neuen Statut auch die Frage betreffs des Eintrittsgeldes zu regeln und zwar in bezug auf solche Kollegen, die aus anderen Organisationen zu uns übertreten. Bisheran waren nähere Bestimmungen darüber nicht vorhanden, obwohl ja solchen Kollegen, so viel mir bekannt ist, in der Regel das Eintrittsgeld erlassen wurde. Dagegen ließe sich ja auch nichts einwenden, zumal andere Organisationen dies ja auch so machen. Es könnte daher, um ein einheitlich geregeltes Verfahren zu ermöglichen, in § 7 als Absatz 2 eingefügt werden:

„Uebertretende Mitglieder anderer Organisationen können, wenn sie nachweislich den Verpflichtungen diesen gegenüber nachgekommen sind, vom Eintrittsgeld entbunden werden."

Dann könnte ferner in § 15 c hinter „Abrechnung" „vierteljährlich" eingeschaltet werden. Viele Mitglieder interessieren sich nämlich sehr für diese Quartalsabrechnungen und würden es vielleicht sehr vermissen, wenn von deren Veröffentlichung abgesehen würde.

Ferner ist in § 19, letzter Satz, gesagt, daß außerordentliche Generalversammlungen nur bei dringenden Anlässen vom Zentralvorstand einberufen werden dürfen. M. E. ist es aber notwendig, daß auch den Ortsgruppen diese Möglichkeit gegeben ist. Wenn es auch wohl selten vorkommt, daß letztere von einem solchen Recht Gebrauch machen, die Möglichkeit muß aber doch da sein; man kann eben nicht wissen, was für Umstände eintreten können, wo ein solches geboten wäre. Man könnte diesem Satz ja auch folgende Fassung geben:

„Außerordentliche Generalversammlungen darf der Zentralvorstand nur bei dringenden Anlässen einberufen. Derselbe muß eine solche einberufen, wenn ein Drittel der Ortsgruppen dies unter Angabe von Gründen fordert."

Es wäre dann ferner noch zu erwägen, ob nicht ein entsprechender Passus über die Kassen- und Bücherrevisionen einzufügen wäre. Sind darüber auch in unserer Geschäftsordnung nähere Bestimmungen enthalten, so wäre es doch in anbetracht der Wichtigkeit dieser Funktionen und, da ja nicht alle Mitglieder eine solche Geschäftsordnung in Händen haben, besser, wenn dieser Punkt auch im Statut festgelegt würde.

Mit der Bestätigung, die der Zentralvorstand den neugewählten örtlichen Vorstandsmitgliedern und den Bezirksvorstandsmitgliedern zu erteilen hat, kann ich mich, offen gesagt, noch nicht so recht befreunden. Wir Mitglieder können aber auch vorläufig noch darüber im Zweifel sein, wie man das eigentlich verstehen soll. Näher darauf einzugehen, ist hier wohl nicht am Platze. (Warum nicht? D. Red.) Bisheran sind wir aber ganz gut ohne die Bestätigung ausgekommen; ich denke, in Zukunft würde es auch so gehen. Gegebenenfalls kann der Zentralvorstand ja nach § 15 d in dringenden Fällen Entscheidungen treffen, das würde m. E. auch hier wohl vollauf genügen.

Dem Vorschlag des Kollegen Roth-Krefeld, neben dem Zentralvorstand und der Generalversammlung noch einen Ausschuß als Mittelinstanz zu schaffen, könnte man noch zustimmen. Allenfalls auch dem noch, die Generalversammlung um ein weiteres Jahr zu verschieben. Dazu aber auch die Bezirke in ihrer heutigen Verwaltungsform beizubehalten, halte ich nicht für angebracht. Einesteils, weil das Einheitliche in unserm Verbande dadurch nicht gewinnen würde, andererseits aber auch der Kosten wegen, zumal, wenn da vierteljährlich eine Bezirkskonferenz einberufen werden soll. Insbesondere das letztere würde sich wohl kaum immer und überall rentieren. Zudem heißt es aber auch in dem Entwurf, daß jeder Bezirk „mindestens einmal im Jahre" eine Konferenz abhalten soll. Daraus folgt doch, daß eine solche auch öfter, also nach Bedarf, stattfinden kann.

Der Kommission soll es jedoch überlassen sein, alle diese Anregungen, die sich im Laufe der Diskussion ergeben werden, einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen, damit unsere Mitglieder, wenn das neue Statut späterhin mal endgültig festgesetzt ist und in Kraft tritt, aufs neue angespornt werden zur eifrigen Mitarbeit an den Bestrebungen unseres Verbandes.

Cornelimünster. C. B.

Aus dem V. Verbandsbezirk.

Auf Grund der eingesandten Fragebogen will ich es unternehmen, ein Bild der Verhältnisse und Zustände zu entwerfen, wie es in der Textilindustrie innerhalb des V. Verbandsbezirks aussieht. Vollständig kann es schon deshalb nicht sein, weil nicht aus allen Fabriken und Textilorten Fragebogen beantwortet sind. Immerhin bekäme man einen Einblick. Vorab will ich noch bemerken, daß innerhalb des Gebietes des V. Bezirks fast alle Arten der Textilindustrie vertreten sind: Plüsch-, Seiden-, Tuch-, Leinen-, Baumwoll- und Juteweberei. Daneben Baumwoll-, Leinen- und Jutespinnerei. Es fehlt auch nicht die Färberei, Bleicherei und Druckerei. Da das Gesamtbild ein zu vielgestaltiges würde, so sollen im Nachstehenden vorab nur die Seidenindustrie, Baumwollen- und Leinenwebereien berücksichtigt werden. In einem besonderen Bericht sollen dann die Zustände und Verhältnisse in den Tuchwebereien, Spinnereien, Jutespinnereien und -Webereien mitgeteilt werden. Auch ist noch zu bemerken, daß für Bocholt und Umgegend ein besonderer Bericht erscheint. Im übrigen bezieht sich das Angeführte nur auf Westfalen. In den angegebenen Webereien werden 4500 Arbeiter und 2200 Arbeiterinnen beschäftigt. Von den Arbeitern sind 2000 verheiratet und von den Arbeiterinnen 320 Frauen. Es sind ferner darunter 400 männliche und 300 weibliche Arbeiter unter 16 Jahren. Da in den Webereien die Arbeiter vielfach nicht nach Geschlechtern getrennt sein können, so wird deren Zahl wohl überall eine große sein. In den angegebenen Fabriken arbeiten denn auch 3800 Arbeiter beiderlei Geschlechts zusammen. In allen Betrieben sind getrennte Aborte vorhanden, wenn auch für manchen Betrieb angegeben ist, daß die Reinlichkeit dieser zu wünschen übrig läßt. Von einigen wird auch angegeben, daß die Entleerung der Aborte im Sommer bei Tage geschieht, ein Umstand, der sich für die in der Nähe stehenden Arbeiter öfters bis zur Unerträglichkeit steigert.

Für Alle, die es angeht, will ich hier eine Verfügung der Kgl. Regierung zu Münster vom 8. Januar 1881 anführen; die Verfügung besteht heute noch zu Recht. Diese lautet:

„Auf Grund der §§ 11 und 12 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizeiverwaltung verordnen wir für den Umfang unseres Verwaltungsbezirks, was folgt:

§ 1. Die Abtritte und Pissoirs bei öffentlichen und Privatanstalten (z. B. öffentliche und Privatschulen, Lehranstalten, Seminare, Armenanstalten, Kranken-, Heil-, und Pflegeanstalten) und bei den dem Verkehr des Publikums eingeräumten öffentlichen (z. B. Bahnhofsgebäuden) und Privatgebäuden (z. B. Hotels, Gast- und Schenkwirtschaften, Cafés) ferner Abtritte und Pissoirs bei Fabrik-Etablissements, in welchem 20 und mehr Arbeiter oder Arbeiterinnen beschäftigt werden, sowie endlich diejenigen Abtritte und Pissoirs, welche in größeren Ortschaften zur Benutzung seitens des Publikums aus Gemeindemitteln angelegt sind und unterhalten werden, müssen vom 1. März d. J. an in den, in den folgenden Paragraphen angegeben Zeitabschnitten entleert und desodoriert werden.

§ 2. Die Entleerung der Aborte betreffend.

I. Die Entleerung der Aborte muß
   a) in der Zeit vom 1. Juni bis ultimo September wenigstens monatlich
   b) in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. Juni (des folgenden Jahres) wenigstens alle acht Wochen und **zwar in den Stunden von 12 Uhr nachts bis 4 Uhr morgens vorgenommen werden.**

Desodoration der Aborte.

II. Die Desodoration der Aborte hat in der Zeit vom 1. Juni bis ultimo September alle Wochen wenigstens einmal, in der Zeit vom 1. Oktober bis ultimo Mai (des folgenden Jahres) wenigstens alle 14 Tage zu erfolgen.

§ 3. Desodoration des Pissoirs.

Die Pissoirs sind in der Zeit vom 1. Juni bis ultimo September wöchentlich dreimal, in der Zeit vom 1. Oktober bis ultimo Mai wöchentlich einmal mit Wasser auszuspülen und zu desodorieren.

§ 4. Desodorationsmittel.

Als Desodorationsmittel ist ein Gemisch von drei Teilen Gyps und einem Teile gepulverten Eisenvitriol zu verwenden. Zwei Pfd. dieser Mischung reichen zur Desodoration von 50 Kubikfuß Kotmasse für eine Woche aus.

§ 5. Strafe für Zuwiderhandlungen.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden mit Geldstrafen bis zu 30 Mark oder im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft. [illegible] sinkten trifft die Strafe die Vorsteher.

§ 6. Die bei gemeingefährlichen Krankheiten geltenden Vorschriften der Desinfektion werden durch die Vorschriften dieser Polizei-Verordnung nicht berührt."

Mögen alle Arbeiter sich diese Verfügung merken und bei passender Gelegenheit auf deren Befolgung aufmerksam machen, dann werden manche Klagen verstummen.

Nur ein Drittel aller Webereien hat getrennte Ankleideräume. Auch hierin könnte m. E. mehr Wandel geschaffen werden, wenn auch die Arbeiter mehr darauf drängen. Es wird dann aber auch notwendig sein, daß die Ankleideräume auch wirklich benutzt werden. Es geschieht öfters, daß dort, wo Ankleideräume sind, die Arbeiter lieber die Kleider in den Fabriken herumhängen oder sogar legen, anstatt diese in die Ankleideräume zu bringen.

Im allgemeinen ist der Geschäftsgang als ein ziemlich guter bezeichnet worden. Arbeiterentlassungen wegen Arbeitsmangel sind wenig vorgekommen. Es werden nur 53 Arbeiterentlassungen dieserhalb angegeben.

Dahingegen standen aber z. Zt. der Ausfertigung der Fragebogen 1482 Webstühle und sonstige Maschinen still, auf welchen nach Schätzung 738 Arbeiter beschäftigt werden könnten, wenn mal ein flotter Geschäftsgang eintreten sollte.

Nur in vereinzelten Fällen wird über die Behandlung seitens der Angestellten und Meister geklagt. Meistens wird diese als eine ziemlich gute angegeben. Man sollte nun aber doch wohl annehmen, daß die Angestellten doch wahrlich besseres zu tun hätten, als den Untergebenen (wenn sie die Arbeiter als solche betrachten) das Leben sauer zu machen. Die Arbeiter können mit Recht eine anständige, menschenwürdige Behandlung verlangen. Sollte hierin keine Aenderung eintreten, dann werden solche Fälle der Oeffentlichkeit übergeben. Auch die Angestellten und Meister sind nur Arbeiter beim Fabrikanten, wenn sie auch mitunter etwas hoch „zu Rosse sitzen".

Einige der Angestellten haben zu Hause noch ein Handelsgeschäft. Wenn man auch nicht feststellen kann, ob die Arbeiter zum kaufen animiert werden, so ist es doch ein eigenes Ding. In einem Falle wird angegeben, daß der Angestellte Branntwein verkauft. Das läßt tief blicken.

Betrafen die bisherigen Angaben mehr die allgemeinen Verhältnisse, so sollen im folgenden mehr die Arbeitszeit und die Lohnverhältnisse klargelegt werden.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt fast ausnahmslos elf Stunden. Die Mittagspause dauert vielfach nur eine Stunde. Für eine noch so mäßige Verkürzung der Arbeitszeit haben die Fabrikanten kein Verständnis. „Nur einzig wegen der Konkurrenz geht es nicht." Das ist die allgemeine Ausrede. Dieses haltlose Vorurteil zu beseitigen, wird Aufgabe nicht allein der Arbeiter, sondern auch anderer Kreise sein müssen. An manchen Textilorten und in manchen Betrieben ist längst der zehnstündige Arbeitstag eingeführt, und beide Teile, Arbeitgeber und Arbeiter, stehen sich gut dabei.

Die Lohnverhältnisse sind in Westfalen ein ganz wunder Punkt. Was zunächst die Berechnung des Lohnes für die Weber angeht, so zeigt sich hier ein wahres Kunterbunt. Für die Plüschweber wird nach Meter und Rutenzahl gelöhnt; für die Seidenweber nach Meter und Qualität; die Baumwoll- und Leinenweber werden nach Pfund oder Stück entlöhnt. Gerade dieses führt aber zu allerhand Unliebsamkeiten. Einerseits kann in den meisten Fällen der Arbeiter sein Verdienst gar nicht kontrollieren, weil der Meister den Stuhl vorrichtet, und der Weber dann mit dem Schußrad arbeiten muß, ohne zu wissen, wie viel Schuß auf ein bestimmtes Maß kommen. Etwas Einheitliches gibt es nicht, wie z. B. in der Seidenindustrie. Ist nun das Stück zu leicht oder zu schwer, dann gibt es Scherereien. Geschieht die Berechnung pro Stück, so wissen die Arbeiter vielfach nicht, wie lang die Stücke sind oder sein sollen. Oefters ist es vorgekommen, daß die Weber anstatt 60 Meter, 70 Meter machen mußten. Ja auch schon mehr Meter hat man die Stücke länger gemacht, ohne dem Arbeiter dieses Mehr zu bezahlen. Es ist dies eine indirekte Lohnreduzierung.

Eigentliche Lohntarife und Lohnlisten sind in den wenigsten Fällen vorhanden. Alles dieses trägt sehr viel zur Unzufriedenheit bei.

Der wöchentliche Verdienst der erwachsenen Weber in der Baumwoll- und Leinenweberei schwankt zwischen 12 und 20 Mark, der Seidenweber zwischen 10 und 14 Mark, der Plüschweber zwischen 8 und 12 Mark. Dabei arbeiten die Weber in der Seidenindustrie teilweise an 2—3 Stühlen. Die Weber in der Baumwollindustrie an 2, 3, 4 ja sogar an 5 Stühlen. Welches Maß, oder sagen wir besser Uebermaß, von Arbeitskraft und geistiger Anspannung dazu erforderlich ist, vermag nur der Fachmann zu beurteilen. Als Ursache der schlechten Löhne wird vielfach schlechtes Material angegeben. Der Tagelohn der erwachsenen männlichen Arbeiter schwankt zwischen 12 und 15 Mark; der Durchschnittslohn der in Akkord beschäftigten erwachsenen Arbeiterinnen schwankt zwischen 6 und 15 Mark; das Verdienst der jugendlichen (unter 16 Jahre alten) Arbeiter und Arbeiterinnen schwankt zwischen 5 und 12 Mark. Von einer Fabrik wird sogar für die Jugendlichen ein Tagelohn von 25 ganzen Reichspfennigen angegeben!!!

Der Herrenstandpunkt wird wohl am besten dadurch dokumentiert, daß nur in zwei Betrieben die Arbeiter bei Aufstellung des Lohntarifes hinzugezogen sind. Bemerkenswert ist auch noch, daß in einer ganzen Anzahl Betriebe das Prämiensystem besteht, und daß alle Arbeiter ohne Ausnahme dieses gern abgeschafft sähen. Gewiß ein Zeichen dafür, daß die Arbeiter diese „Segnung" gern los wären.

Trotz der mancherorts herrschenden schlechten Löhne ist fast überall ein strenges Strafsystem eingeführt. Ja, es gibt sogar Betriebe, wo die Arbeiter die fehlerhafte Ware über-

nehmen müssen. Selbstredend wird dann der Wert der Ware vom Lohne abgehalten. Diese Arbeitgeber täten gut, den § 115 der Gewerbeordnung sich mal anzusehen, welcher im ersten Absatz lautet:

„Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und **baar** auszuzahlen. Also nicht mit Ware, sondern mit Geld soll entlöhnt werden." Mögen sich auch dieses die Arbeiter merken.

Aber wohin fließen die Strafgelder? Viele geben an: „Wir wissen es nicht." Andere geben an, in die Krankenkasse. Wieder andere: das Strafgeld für fehlerhafte Ware erhält der Fabrikant, vom übrigen wissen wir nichts. Also auch hier die sonderbarsten Dinge. Und doch ist auch dieses durch die Bestimmungen der Gewerbeordnung genau geregelt.

Zunächst bestimmt § 134b Abs. 3 Schluß:

„Alle Strafgelder müssen zum Besten der Arbeiter der Fabrik verwendet werden."

§ 134c bestimmt Abs. 2 Schluß:

„Die Strafen müssen ohne Verzug festgesetzt und dem Arbeiter zur Kenntnis gebracht werden."

Mögen die Arbeiter sich auch dieses merken. Dann heißt es weiter:

„Die verhängten Geldstrafen sind in ein Verzeichnis einzutragen, welches den Namen des Bestraften, den Tag der Bestrafung sowie den Grund und die Höhe der Strafe ergibt und auf Erfordern dem im § 139b bezeichneten Beamten (Polizeibehörde und Gewerbeinspektor) jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden muß."

Mögen Alle, die dazu berufen sind, grade hierauf ein wachsames Auge haben. Jedenfalls wird dieses dazu beitragen, daß manche Unzufriedenheit und vielleicht auch Unkenntnis beseitigt wird.

Es wird bei solchen Verhältnissen gar nicht auffallen, wenn weiter mitgeteilt wird, daß nur ganz vereinzelt ein Arbeiter-Ausschuß existiert, der aber dazu in fast allen Fällen nur als eine Dekoration betrachtet wird, denn nur in zwei Fabriken sind die geltenden Lohnsätze mit dem Arbeiter-Ausschuß vereinbart.

Weiter wird es dann auch Niemand wundern, wenn die Organisationsverhältnisse im Allgemeinen nicht gut genannt werden können. Gegnerische Organisationen kommen fast gar nicht in Frage. Der „deutsche" Textilarbeiterverband hat innerhalb unserer bestehenden Ortsgruppen keine 100 Mitglieder. Die Ansichten der Behörden stehen unserer Bewegung nicht mehr so abhold gegenüber.

Die Arbeiter selbst haben vielfach wohl eingesehen, daß nur durch die Organisation die Verhältnisse gebessert werden können. Wir würden auch einige tausend Mitglieder hier in Westfalen schon mehr haben können, wenn nicht die traurigen Verhältnisse mancherorts die Arbeiter zu mutlos gemacht hätten. Andererseits halten auch viele Arbeitgeber die Arbeiter in Furcht dadurch, daß mit Maßregelung gedroht wird, wenn die Arbeiter sich organisieren. Wenn irgendwo, dann bedürfen auch wir hier in Westfalen ein freies Koalitionsrecht. Unsererseits werden wir nicht nachlassen, immer wieder aufklärend zu wirken. Manche Freunde unserer Sache sind uns in letzter Zeit behülflich gewesen. Die Lokalpresse unterstützt uns wenig, mit ein paar wirklich rühmlichen Ausnahmen. Diesen unseren besonderen Dank.

Diesen Bericht glaube ich nicht besser schließen zu können, als mit der Aufforderung an unsere Textilarbeiter allerwärts: Werdet endlich einig! Tretet ohne Furcht und Zagen mehr unserm christlichen Textilarbeiterverbande bei, dann können auch in Westfalen bessere Verhältnisse geschaffen werden. Bedenkt den Ausspruch des Fürsten Bismarck: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt." Und weiter: „Nur dem Mutigen gehört die Welt." Darum hoch der christliche Textilarbeiterverband!

H. Camps, Bezirksvorsitzender.

Der Ausstand bei Crous u. Hoffmann in Aachen,

über den wir in unserem Organ kurz berichteten, hat durch seine eigenartigen Begleiterscheinungen ein für die gesamte organisierte Arbeiterschaft hohes Interesse erhalten. Die sonderbaren Manipulationen der Firma Herz u. Haymann, für deren Auftrag die Arbeiten bei Crous u. Hoffmann gemacht wurden, und vor allem das Verhalten der Aachener Armenverwaltung, die arbeitslose Weber, die Unterstützungen erhielten, anhielt, um bei der vom Ausstand betroffenen Firma Arbeit anzunehmen. Wiederholte Vorstellungen bei der Aachener Stadtverwaltung seitens unseres Bezirksvorsitzenden, Kollegen Sistenich, hatten keinen Erfolg. In der Stadtverordneten-Sitzung vom 18. Nov. kam die Angelegenheit zur Sprache. Große Anstrengungen wurden gemacht, um das Verhalten der Armenverwaltung zu rechtfertigen. Schließlich wurde vom Stadtverordneten-Kollegium folgende Resolution angenommen:

„Nach den im Reichsgesetze über den Unterstützungswohnsitz und dem preußischen Ausführungsgesetze hierzu festgesetzten Grundsätzen der öffentlichen Armenpflege in Verbindung mit der Entscheidung des höchsten Gerichtshofes in Armensachen, des Bundesamtes für das Heimatwesen, gehört zu den Aufgaben der öffentlichen Armenpflege nicht:

„die Gewährung einer fortlaufenden Unterstützung an einen arbeitsfähigen Mann, der die infolge eines Streiks vorhandene Arbeitsgelegenheit unbenutzt läßt, weil er dadurch Nachteil für spätere Zeiten fürchtet."

Die Stadt-(Armen-)Verwaltung hat in dem vorliegenden Falle keine Veranlassung, von diesem Grundsatze abzugehen, um so weniger, als die Firma Herz u. Haymann inbezug auf die Löhnung ihrer Arbeiter die Bedingungen vollständig erfüllte, welche seitens der Arbeitnehmerverbände an die Arbeitgeber in der Textilindustrie gestellt werden. Es muß daher darauf bestanden werden, daß arbeitslose Weber, welche öffentliche Armenunterstützung in Anspruch nehmen, die ihnen sich jetzt darbietende Arbeitsgelegenheit ergreifen, widrigenfalls die Armenunterstützung ganz oder teilweise in Fortfall kommt. Es soll jedoch hierbei seitens der Armenverwaltung jede Härte vermieden werden. Bei künftigen Streitfällen wird von Fall zu Fall eine sorgfältige Prüfung der Sachlage und der Frage der von der Armenverwaltung zu treffenden Maßnahmen erfolgen."

Um volle Aufklärung über den Verlauf und den Stand des Ausstandes zu geben, aber mehr noch, um Protest zu erheben gegen solche, die Arbeiterschaft schädigende Maßnahmen, hatte das christliche Gewerkschaftskartell eine Versammlung in der großen Glashalle des „Zoologischen Garten" auf Dienstag, den 22. Nov. einberufen. Die Tagesordnung lautete: „Tarifverträge und kommunale Sozialpolitik." Wohl 2000 Personen waren erschienen.

Kollege Sistenich berichtete über die Entstehung des Tarifes für die Lohnwebereien, der im März d. Js. abgeschlossen, nach einigen Kämpfen allgemein durchgeführt wurde und bis jetzt den Frieden zwischen den Lohnwebereibesitzern und ihren Arbeitern im allgemeinen erhalten hat. Vor etwa acht Wochen nun erhielt die Firma Crous u. Hoffmann von der Firma Herz u. Haymann Arbeiten zugewiesen. Anfangs wurde dafür der Minimaltarif von 12½ Pfg. gezahlt. Nach einigen Wochen erklärten Crous u. Hoffmann, sie würden von jetzt an nur noch 12 Pfg. zahlen. Die Belegschaft weigerte sich, dafür weiter zu arbeiten. Da nahm die Firma an Stelle eines Mitgliedes des Fabrikausschusses einen Arbeiter an, der sich mit vollem Bewußtsein zur Arbeit unter dem Tarif bereit erklärte. Da Herr Hoffmann dabei blieb, er werde unter keinen Umständen mehr als 12 Pfg. zahlen, so erfolgte der Ausstand unter Zustimmung der Verbandsleitung. Nach verschiedenen vergeblichen Versuchen, den Betrieb in Gang zu halten, kam nach etwa 14 Tagen ein Meister der Firma zum Bezirksvorsitzenden mit der Eröffnung, daß Crous u. Hoffmann jetzt bereit seien, 12½ Pfg. zu zahlen, da die Firma Herz u. Haymann als Auftraggeberin einen halben Pfennig zugelegt hätte. Vorher hatten Crous u. Hoffmann erklärt, daß Herz u. Haymann nur 16 Pfg. zahlten, also 3 Pfg. unter dem Konventionaltarif der Lohnwebereibesitzer. In geheimer Abstimmung wurde von der Belegschaft mit 25 gegen 2 Stimmen beschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis der Streikbrecher, der an dem Konflikte einen großen Teil der Schuld trug, entlassen sei. In den deswegen mit Herrn Hoffmann gepflogenen Verhandlungen lehnte dieser die Entlassung des Streikbrechers zunächst ab, erklärte aber schließlich, dieserhalb erst mit Herz u. Haymann Rücksprache nehmen zu müssen. Der Ausschuß war bereit, eine 14-tägige Kündigungsfrist zuzugestehen. Der zugesagte Bescheid auf dieses Angebot erfolgte nicht. Später wurde beschlossen, die Forderung wegen Entlassung des Arbeitswilligen fallen zu lassen. Auf dem Wege zur Fabrik wurde aber dem Ausschusse schriftlich mitgeteilt, daß die Stühle an Herz u. Haymann vermietet seien. Auf telephonische Anfrage erklärten Herz u. Haymann, ihren Tarif zu zahlen, aber strikte wurde erklärt, daß kein einziger der bei Firma Crous u. Hoffmann in den Ausstand getretenen Arbeiter eingestellt werden würde. Am selben Tage erschien in den Blättern eine Anzeige, wonach Weber gesucht wurden Adalbertstw. 232. Die dort Nachfragenden waren enttäuscht, als sie hörten, daß das Gesuch von der Firma Herz u. Haymann ausgehe, aber für die Fabrik von Crous u. Hoffmann geschehe. Die meisten der sich meldenden Weber lehnten die Uebernahme der Arbeit ab, nur wenige, und nicht die besten Elemente, fanden sich dazu bereit. (Lebhafte Pfuirufe.) Vermittelungsversuche bei Herz u. Haymann haben kein Ergebnis gehabt. Die Firma Herz u. Haymann wird mit Schluß des Jahres den Betrieb bei Crous u. Hoffmann einstellen.

Vor allem ist es Schuld der Firma Herz u. Haymann, daß diese Wirren entstanden sind. (Rufe: Sehr richtig!) Den tariftreuen Lohnwebereien wird die Arbeit entzogen und Unterbietern zugewiesen. Die Firma Bindelle hat sich noch billiger angeboten als Crous u. Hoffmann. Sie bot darum ihren Arbeitern sogar nur 10 Pfg. Sie erklärte sich später zur Annahme des Tarifs bereit; es bestehen aber noch Differenzen über die Frage, wie viel Touren die Stühle der Firma machen. Diese Frage wird durch eine Klage beim Gewerbegericht entschieden werden.

Verwickelter wurde die Sachlage durch die Stellungnahme der Armenverwaltung, welche arbeitslose Weber nach der Firma Herz u. Haymann verwies. Die Betreffenden haben sich geweigert, in die Fabrik zu gehen, um ihrer Arbeiterehre willen. (Bravo.) Nur eine Arbeiterin soll sich auf Veranlassung der Armenverwaltung bereit gefunden haben. Die Arbeiterehre stehe uns gerade so hoch wie die Ehre anderer Stände. (Bravo!) Darauf muß die Armenverwaltung Rücksicht nehmen. Redner ist in der Sache dreimal auf dem Rathause vorstellig geworden. Schließlich hat der Herr Oberbürgermeister erklärt, er wolle hinhalten und nichts zur Verschärfung beitragen. Dem mag ungefähr die in dem Stadtparlament erlassene Erklärung entsprechen.

An einen vollen Sieg in dem Streik ist nicht zu denken, da sich Arbeitswillige gefunden haben, aber gesiegt hat die Belegschaft dennoch, denn es ist der Firma Herz u. Haymann nicht gelungen, den Minimaltarif zu durchbrechen. Die Belegschaft hat den Minimaltarif gerettet für ganz Aachen. Die Durchbrechung wäre verhängnisvoll und gleichbedeutend gewesen mit einer Lohnherabsetzung für alle Textilarbeiter. Was wir errungen haben, müssen wir halten. Auch bei schlechter Konjunktur werden wir den Tarif nicht preisgeben. (Bravo.) Das wird auch nicht geschehen in einem Falle, der heute Abend dem Vorstande des Verbandes mitgeteilt worden ist. (Lebh. Beifall.)

Als zweiter Redner nahm Kollege Giesberts-M.-Gladbach das Wort. Er führte ungefähr folgendes aus:

Der Anlaß zur Versammlung ist ein Streitfall, der weit über Aachen hinaus Bedeutung hat und um so bedeutungsvoller ist, als es sich um die Aufrechterhaltung eines mit schweren Kämpfen errungenen Tarifvertrages handelt. Die heutigen anarchistischen Lohnverhältnisse, die vielfach herrschen, drängen mit Notwendigkeit dazu, bestehende Tarifverträge aufrechtzuerhalten. Das Streben nach Besserung der Verhältnisse ist allgemein als berechtigt anerkannt, da ohne auskömmlichen Lohn das Dasein menschenwürdig nicht geführt werden kann. Der industrielle Arbeiter wird meist unzureichend gelohnt, und daher ist sein Streben begreiflich, seine Arbeitskraft, sein einziges Besitztum, möglichst hoch an den Mann zu bringen. Es fragt sich, welche Quote des Gewinnstes der Produktion dem Arbeiter zusteht. Der volle Gewinnst kommt ihm selbstredend nicht zu, aber dagegen muß er sich wehren, daß das ganze Risiko der Produktion auf seine Schultern abgewälzt wird. Ein gewisses Minimum an Lohn steht ihm zu. Die Grenze festzustellen ist schwer, aber schließlich muß es dazu kommen, daß gemeinsam von beiden Seiten, Arbeitern und Arbeitgebern, dieses Minimum festgelegt wird. Bei dem Kampf um die Lohnquote wehren sich die Arbeitgeber vielfach dagegen, daß die Arbeiter an deren Festsetzung teilnehmen wollen. Das führt noch zu Konflikten, Streiks und Aussperrungen. Daß solche von den Arbeitern frivol und leichtsinnig provoziert würden, sollte man sich doch endlich einmal ausreden; denn die Arbeiterschaft hütet sich schwer davor, ihr ganzes Dasein leichtsinnig aufs Spiel zu setzen. So lange jener Kampf besteht, werden Konflikte unausbleiblich sein. Wie können nun diese Kämpfe auf das möglichst geringste Maß zurückgeführt werden? Nur durch Abschluß von Tarifverträgen! Nach der Gewerbeordnung ist der Arbeitsvertrag frei. Während aber der Einzelne bei dessen Abschluß schwach ist, sind die Organisationen um so wirksamer. Diese korporative Regelung setzt voraus starke, zielbewußte Organisationen, deren Notwendigkeit dadurch gegeben erscheint. Das Arbeitsverhältnis der Zukunft wird durch starke Organisationen der Arbeiter und der Arbeitgeber geregelt werden, und dadurch wenigstens ein Minimallohn für die ersteren garantiert. Der Tarifvertrag schränkt das „Herr im Hause"-Recht des Arbeitgebers insofern ein, als nicht unter Tarif gearbeitet werden darf. Die Arbeiter sind durch den Tarif geschützt vor plötzlichen Verschlechterungen bei schlechter Konjunktur. Die Arbeitgeber haben durch die Tarifverträge eine feste Grundlage für ihre Preiskalkulation, wie es die Tarife der Maurer heute schon zeigen, durch welche die Schmutzkonkurrenz ausgeschlossen wird. Der starke Widerstand, den viele Arbeitgeber noch den Tarifverträgen entgegensetzen, ist krasser Egoismus, um möglichst viel aus ihrem Betrieb herauszuschlagen. Das ist verwerflich. Der Einwand des „Herr im Hause bleiben" muß beschränkt werden insofern, als die Würde der Arbeiter gewahrt werden muß, die keine Sklaven sind. Der Handwerkertag in Magdeburg und die auf seinem Boden stehenden Handwerker sind sehr im Irrtum, wenn sie sich in Scharfmacherbahnen ziehen lassen. Wir Arbeiterführer sind keine Hetzer, wie die Scharfmacher behaupten. Alle Faktoren, auch Nichtarbeitgeber, Staat und Gemeinden, sollten den Abschluß von Tarifverträgen begünstigen. Bedauerlich ist das Fehlen der Einsicht der hiesigen städtischen Körperschaften in dem vorliegenden Streik. Buchstäblich genommen war ja die Stadtverwaltung berechtigt, den Streik als erledigt zu betrachten, weil ein neuer Betrieb unter einer neuen Firma in Frage kam. Diese juristische Frage will ich nicht anschneiden, obschon es interessant wäre, ihr nachzugehen, aber auch juristisch genommen, braucht der Arbeiter keine ihn entehrende Arbeit aufzunehmen, ebenso wie er nach der Gewerbeordnung nicht verpflichtet ist, bei nicht berufsmäßiger körperlicher Gefahr solche zu verrichten. Eine Entehrung sieht der Arbeiter aber darin, wenn ihm zugemutet wird, Streikbrecherdienste zu leisten. Es ist kein idealer Zustand, wenn arbeitsfähige Leute Armenunterstützung nachsuchen müssen, aber unverschuldet kann es vorkommen. Weil aber jeder ehrenwerte Arbeiter eine Zurücksetzung in der Armenunterstützung sieht, sollte die Armenverwaltung sozial denken und alles vermeiden, was Erbitterung wecken kann. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber haben Interesse daran, daß die Armenverwaltung so verfährt. Das Gros der Arbeitgeber hat großes Interesse, daß der Lohntarif aufrecht erhalten wird und die frühere Lohnanarchie nicht wieder eintritt. Ist es nicht eine Schande, daß ein schuldlos arbeitslos gewordener Armenunterstützung annehmen muß?! Da sollte die Arbeitslosenversicherung staatlicher- und städtischerseits eingeführt werden, wie sie in Köln im kleinen möglich war. Was dort, das muß auch für Aachen zu erreichen sein.

Denn die Städte haben gewisse Aufgaben auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Zu diesen Aufgaben aber steht die Haltung der Aachener Armenverwaltung in striktem Gegensatz. Als von Arbeitgebern wird von den Städten verlangt, daß ihre Betriebe sozialpolitische Musterbetriebe sind, daß im Submissionswesen Remedur geschaffen wird und die Beseitigung der sogenannten Streikklausel durchgeführt wird. Gegenüber den Arbeitern soll die Stadt ebenso neutral sein, wie gegenüber den Arbeitgebern. Das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht müssen die Städte auch ihren Arbeitern nicht einschränken und die Arbeitsnachweise nicht bureaukratisch, sondern paritätisch einrichten. Die kommunale Arbeitslosenversicherung könnte von den Kommunen wohl mehr gefördert werden, als es bislang geschehen ist. Als Aufsichtsstellen bei den Krankenkassen tun viele Verwaltungen ihre Schuldigkeit nicht. Auf die Wohnungsfrage müßten sie mehr Gewicht legen. Aber dank des Dreiklassenwahlsystems sind die unteren Stände von der Kommunalverwaltung fast ausgeschlossen. Es ist bedauerlich, daß Aachen den Arbeitern nicht einmal ein paar Stadtratsmandate einräumt und den Wahlzensus nicht herabsetzt. Da müßte die Arbeiterschaft einmal ein deutliches Wort reden. Wenn die hier bestehende soziale Kommission nur einmal im Jahre berufen wurde, dann sollte man sich doch einer solchen — gerade heraus gesagt — Verhöhnung der Arbeiterschaft schämen, die dabei an dem guten Willen der Herren zweifeln muß. Aber die Arbeiter schlafen, wie sie sich betten. Ohne Organisation geht es nicht mehr. Von deren Notwendigkeit muß sich auch der letzte Arbeiter durchdringen lassen und mit ganzer Seele ihr angehören. Die Armut der Arbeiter ist kein Beweis ihres Mangels an Intelligenz. Das Wort von den „armen dummen Teufeln" hat sich überlebt. (Anhaltender Beifall.)

Von allen nachfolgenden Rednern wurde im gleichen Sinne gesprochen. Scharf wurde kritisiert, daß die Soziale Kommission in Aachen bei solch wichtigen Anlässen nicht zusammen trete. Auch ohnedies sei hierfür Grund genug vorhanden, da eine sehr große Zahl Arbeitslose, vornehmlich Weber, in Aachen vorhanden sei. Es erwecke aber den Anschein, als ob die Soziale Kommission mehr zur Dekoration da sei.

Folgende Resolution fand unter lebhaftem Beifall einstimmige Annahme:

„Die am 22. Nov. vom christl. Gewerkschaftskartell in Aachen abgehaltene, von annähernd 2000 Personen besuchte Versammlung erblickt in dem Abschluß von Tarifverträgen ein Mittel, um Ordnung und Stetigkeit in die gewerblichen Arbeitsverhältnisse zu bringen. Sie verurteilt aufs schärfste den von einigen hiesigen Firmen gemachten Versuch, den Minimaltarif der in Lohnwebereien beschäftigten Arbeiter zu durchbrechen und damit die an und für sich geringen Löhne der Textilarbeiter herabzudrücken. Die Versammlung erklärt ferner: Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung und Stadtverordneten, den Bestrebungen der Arbeiterschaft auf Besserung ihrer Lage fördernd zur Seite zu stehen.

Insbesondere ist es Pflicht der Stadtverwaltung, sich bei Lohnkämpfen aller Maßnahmen zu enthalten, die als einseitige Parteinahme sich darstellen. Die Versammlung ist weit entfernt davon, zu verlangen, daß die „Armenkasse eine Streikkasse" sei. Sie verurteilt aber entschieden den Versuch, die Armenverwaltung zu einer Streikbrechervermittlungsstelle zu machen.

Die in der Stadtverordnetensitzung am 18. Nov. seitens der Verwaltung abgegebene Erklärung betrachtet die Versammlung als einen Schritt vom rein juristisch-formalen Standpunkt auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit und Billigkeit.

Die Versammlung verlangt, daß der Arbeiterschaft die Möglichkeit gegeben werde, an den Aufgaben der Gemeinde in einer ihrer Zahl und Bedeutung entsprechenden Weise mitzuwirken.

Sie verlangt insbesondere eine Verstärkung und ständige Vertretung der Arbeitervertreter im Sozialen Ausschusse und erwartet, daß dieser in allen, das Interesse der Arbeiter berührenden Fragen gehört werde.

Die Versammlung verlangt ferner, daß der Arbeiterschaft die Möglichkeit gegeben werde, im Stadtverordnetenkollegium durch Männer ihres Vertrauens, welche die Lage des Arbeiterstandes kennen, vertreten zu sein. Zu diesem Zwecke beansprucht die Versammlung vor allem die Herabsetzung des Wahlzensus auf das niedrigste Maß."

In seinem Schlußwort zog Kollege Giesberts kurz ein Resumee der Versammlung. Er beklagte, daß durch solche Maßnahmen die Klassengegensätze verschärft würden. Der Arbeiter habe ein Recht, vollberechtigter Bürger der Stadt zu sein und gehört zu werden. Redner empfiehlt den Ausbau der Organisation dringend; dadurch würden die Verhältnisse auch für den Aachener Arbeiter besser werden. Lebhaftes Bravo bekundete das Einverständnis mit diesen Ausführungen.

Inzwischen hat die ausständige Belegschaft der Lohnweberei von Crous u. Hoffmann einstimmig beschlossen, den Streik als beendet zu erklären, da die Firma Herz u. Hagmann gegenüber einer Deputation des Zentralvorstandes des christlichen Textilarbeiterverbandes folgende Punkte festgelegt hat: 1. Keine Arbeiter ihrer Fabrik und Filiale nach dem Betrieb von Crous u. Hoffmann zu schicken; 2. keine Arbeitswillige für den genannten Betrieb mehr anzunehmen; 3. bis Ende Dezember sämtliche Arbeiten von den Stühlen bei Crous und Hoffmann einzuziehen.

Ein Teil der Ausständigen hat bereits in anderen Betrieben Arbeit gefunden. Das Hauptziel des Ausstandes — die Durchbrechung des Minimaltarifs zu verhindenn — ist erreicht.

Die Aachener Armenverwaltung hat wahrlich keine Lorbeeren geerntet mit ihrem Vorgehen. Dasselbe kann man auch von der Stadtverwaltung sagen. Welche Beleidigung es für einen organisierten Arbeiter bedeutet, wenn man an ihn das Ansinnen stellt, streikenden Kollegen in den Rücken zu fallen, mag den Funktionären der Armenverwaltung wohl fremd sein. Die Arbeitslosen, welche Armenunterstützung in Anspruch nehmen müssen, sind hart genug getroffen. Ein Gang zur Armenverwaltung ist für sie eine Folter. Hoffen wir, daß für die Zukunft derartige Maßnahmen nie mehr getroffen werden.

Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

Zuzug ist fernzuhalten von der Firma C. Lange, Seidenfabrik in Anrath.

Aachen. Am 23. Nov. stand die Privatklage: „Zander gegen Hermanns" wegen Beleidigung zur Verhandlung. Bei den kürzlich stattgefundenen Differenzen bei der Firma Delius, die als „großer Coup" seitens der „Freien" ausgespielt worden waren, sollte der Weber Hermanns das Ausschußmitglied Zander dadurch beleidigt haben, daß er diesen Verräter und christlicher Lump genannt hat. Der Anlaß hierzu war, daß Hermanns dem Zander die Schuld an seiner Entlassung zuschob. Durch die Zeugen wurde festgestellt, daß der Angeklagte diese Aeußerungen gemacht hat. Weiter wurde durch Zeugen bewiesen, daß Zander sogar für den Hermanns eingetreten ist, um ihn in seiner Stelle zu halten. In der Begründung des Urteils wurde dieses ausdrücklich hervorgehoben. Der Beklagte wurde zu 6 Mk. Strafe, eventl. zu einem Tage Gefängnis und zu den Kosten verurteilt.

Aachen. In der am 24. abgehaltenen Versammlung der Ausständigen der Firma Crous u. Hoffmann wurde einstimmig beschlossen, den Streik als beendet zu erklären. Die Firma Herz u. Haymann hatte sich verpflichtet: 1) An keinen ihrer Arbeiter mehr das Ansinnen zu stellen, im Betriebe von Crous u. Hoffmann zu arbeiten, 2) keine „Arbeitswilligen" mehr für den Betrieb von Crous u. Hoffmann anzunehmen und 3) bis längstens Ende Dezember ihre Arbeit dem Betriebe von Crous u. Hoffmann ganz zu entziehen. Vor und nach hatten sich außer dem Meister und dem Fuhrmann acht Arbeitswillige eingefunden, so daß ein Drittel der Stühle in Betrieb war. Die Firma Herz u. Haymann hat bereits eine Anzahl Ketten ausgelegt, so daß der Betrieb nach Ansicht der Weber bis zum 15. Dezember eingehen wird. Herr Hoffmann teilte den Ausständigen mit, daß er, wenn er Arbeiten bekäme, die Ausständigen wider alle einstellen würde. Von den „Arbeitswilligen" will er keinen mehr beschäftigen, selbst „den Arbeitswilligen" nicht, wegen dessen der Ausstand nach 14tägiger Dauer weiter geführt wurde. Herr Hoffmann wird sich täuschen, denn 1) ist die jetzige Konjunktur nicht vom besten, und 2) werden die Fabrikanten, die noch Arbeiten in Lohn weben lassen, sich erst gründlich bedenken,

ob sie einer Lohnweberei Arbeit geben, die ihnen indirekt Konkurrenz gemacht hat. Auch die Organisation wird dem Herrn Hoffmann zu liebe nicht die Ausständigen sein aufbewahren, bis er Arbeit erhält und ihrer bedarf. Die Firma Crous u. Hoffmann hat sich selbst in eine sehr bedenkliche Lage gebracht, denn wenn sie wirklich Arbeit bekäme, fehlen ihr die Weber. Solch tüchtige Weber, wie sie vor dem Streik hatte, wird sie sobald nicht mehr bekommen. Die Ausständigen haben in den Hauptpunkten gesiegt, indem sie die Durchbrechung des Minimaltarifs verhinderten, in dem zweiten Punkte, Entlassung der „Arbeitswilligen", sind sie unterlegen, da es der Firma gelungen, solche „Aucharbeiter" heranzuziehen, trotz der scharfen Kontrolle. Die Ausständigen haben bereits wieder alle Arbeit gefunden, dagegen wird den „Arbeitswilligen" nichts anderes übrig bleiben, als ihre frühere Beschäftigung wieder aufzunehmen, im Winter als Wolkenschieber und im Sommer als Schneeschaufler. Die Ausstandigen haben im Interesse der Gesamtheit gekämpft, sie standen am Ende des Kampfes noch so einmütig beisammen wie bei Beginn desselben und gebührt ihnen deshalb die Achtung sämtlicher Kollegen.

Ahaus (Westf.). In der Westfälischen Jute-Spinnerei und Weberei hierselbst herrschen zur Zeit traurige Lohnverhältnisse. Obwohl der Geschäftsgang als sehr gut bezeichnet werden muß, — die Firma ist schon jetzt mit Aufträgen bis Juni versehen, — verdienen die Weber nicht mehr wie 1,80 bis 2,00 Mk. pro Tag. Bei der letzten Lohnzahlung erhielten fleißige Weber 5—6 Mk. ausgezahlt. Um sich über die traurigen Verhältnisse einmal auszusprechen, hielten die Arbeiter der Fabrik am Freitag abend eine Fabrikbesprechung ab. Es waren mehr als 300 Arbeiter und Arbeiterinnen erschienen. Kollege Lensing-Bocholt, der gerade in Ahaus anwesend war, nahm auch an der Besprechung teil. So weit ging alles gut. „Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten und das Unglück schreitet schnell." Kaum hatte Kollege Lensing einige Worte über den Wert regelmäßiger Fabrikversammlungen gesprochen, da erschien der Herr Stadtsekretär Gorissen in Begleitung des Polizeidieners und erklärte der staunenden Versammlung, es würden politische Sachen verhandelt. Er müsse die Versammlung, da sie nicht polizeilich angemeldet sei, auflösen. Nachdem Kollege Lensing die Anwesenden aufgefordert hatte, ruhig das Lokal zu verlassen, aber zu einer späteren Versammlung geschlossen wieder zu erscheinen, verließen die Arbeiter das Lokal. Der guten Sache der Arbeiterschaft kann die Auflösung der Versammlung nicht schaden. Durch dieselbe ist erst die rechte Stimmung unter die Arbeiter gekommen. Dieses zeigte sich schon in den Neumeldungen zum Verbande, die noch an demselben Abend stattfanden. Unseren Kollegen aber rufen wir zu: „Treu zusammen gehalten im Verband, dann ist die Zukunft unser, trotz alledem!"

Anrath. Bei der Firma Lange sind Lohndifferenzen ausgebrochen, die schon so weit gediehen sind, daß sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen am 22. November die Kündigung einreichten. Von seiten des Bezirksvorsitzenden Pesch wurden im Januar 1902 die Löhne mit der Firma geregelt und vereinbart, welche jedoch von der Firma nicht eingehalten, sondern bedeutend gekürzt wurden. Da nun die Firma auf einzelne Artikel noch nicht die Hälfte der Krefelder Löhne zahlt und bei Muster von 4 und 5 Zentimeter anstatt Stundenlohn doppelten Lohn zahlte, so sahen sich die Arbeiter genötigt, vor drei Monaten beim Herrn Lange vorstellig zu werden, um dieses auf friedlichem Wege zu regeln. Der Prinzipal erkannte die Wünsche der Arbeiter als gerecht an und versprach, dieses mit dem Arbeiterausschuß zu ordnen, welches bis heute aber noch nicht geschah. In einer Belegschaftsversammlung, wo das Bezirksvorstandsmitglied Arnold Dickmann aus St. Tönis zugegen war, wurden folgende Forderungen aufgestellt: 1) Aushängen einer Lohnliste; 2) 20% Lohnerhöhung auf sämtliche Werke, Stickschuß nach Grundschuß berechnet; 3) Erhöhung des Tagelohnes für männliche Arbeiter von 2,50 Mk. auf 3,50 Mk., für weibliche von 2,40 Mk. auf 3 Mk.; 4) Werke mit mehr als einem Baum für jeden weiteren Baum 2 Pfg. mehr. Ferner für Winderinnen, Scheererinnen und Pflücker wurde eine Aufbesserung des Lohnes gefordert; 5) alle Wochen Löhnung statt alle 14 Tage. Der Fabrikausschuß unterbreitete diese Forderungen im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand unseres Verbandes der Firma. Letztere erklärte auf die Forderungen nicht eingehen zu wollen. Unter Leitung des Bezirksvorsitzenden Pesch-Krefeld fand nun im Lokale Toups wieder eine Versammlung der Belegschaft statt, welche beschloß, an den gestellten Forderungen festzuhalten und in den Ausstand zu treten, falls sich die Firma nicht entgegenkommend zeige. Die Weber und Weberinnen sowie Winderinnen und Scheererinnen reichten am Dienstag, den 22. Nov., einstimmig die Kündigung ein. Am selben Tage kündigte die Firma sämtlichen Hülfs- und Nebenarbeitern. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind fast sämtlich organisiert im Zentralverband christlicher Textilarbeiter und sehen in Ruhe der Dinge entgegen.

Brand. Unsere Mitgliederversammlung am 13. Nov. war ziemlich gut besucht. Kollege Sance machte bekannt, daß unser zweiter Vorsitzender A. Hamacher verzogen sei. Darauf erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Einer der Revisoren erklärte, alles in bester Ordnung befunden zu haben, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Ferner machte der Vorsitzende bekannt, daß der Ueberschuß vom Ausfluge 48,90 Mk. betrage, und wurde dem Antrage des Vorstandes stattgegeben, dem Agitationsfonds 25 Mk. zu überweisen. Der Rest soll für spätere Veranstaltungen zurückgelegt werden. Jetzt erhielt Kollege Klüttgen als Referent das Wort zu dem Thema: Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit. Derselbe entledigte sich dieser Aufgabe nach jeder Hinsicht zur vollsten Zufriedenheit der Anwesenden. Da keiner sich zur Diskussion meldete, erhielt der Referent das Schlußwort. Derselbe bat die Mitglieder nochmals dringend, auf Verkürzung der Arbeitszeit zu dringen, dann aber auch die Ruhepausen streng einzuhalten. Der Vorsitzende machte die Anwesenden schon aufmerksam auf die in nächster Zeit stattfindende Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung.

Coesfeld. Die Arbeiter der Firma Kolk u. Cie. waren bis vor ganz kurzer Zeit zum größten Teile unorganisiert. Die Folge waren Lohnreduktionen. Als nun vor einigen Wochen wieder eine Lohnregulierung nach unten vorgenommen, wobei auf eine Warengattung 25 Pfg. abgezogen war, sahen die Arbeiter ein, daß das Unorganisiertsein doch vor Schaden nicht bewahre. Sie beriefen eine Fabrikversammlung ein, in welcher sich die meisten bereit erklärten, den hier in Betracht kommenden Verbänden beizutreten. Zum größten Teil in den christlichen Verband, zum kleineren Teil in den freien Verband. Dann wurde ein Ausschuß gewählt, bestehend aus vier Mann, welcher im Namen der Belegschaft bei Herrn Kolk vorstellig werden sollte. Dieser solle dann auch an das Versprechen erinnert werden, welches er im vorigen Herbst dem Bezirksvorsitzenden gegeben, nämlich bei besserer Konjunktur die Löhne wieder aufzubessern. Statt dessen seien diese noch mehr heruntergedrückt. Herr Kolk lehnte es zwar ab, mit vier Mann zu verhandeln, wohl wolle er dieses mit ein oder zwei Mann tun. Nach etwa 14 Tagen fand wiederum eine Fabrikversammlung statt, in welcher den Arbeitern mitgeteilt wurde, daß Herr Kolk die Beschwerde der Arbeiter berechtigt gefunden habe und auf einige Waren eine nicht unerhebliche Lohnerhöhung stattfinde. Mit Dank wurde von den Arbeitern dieses Entgegenkommen begrüßt, zugleich aber auch bemerkt, daß auch noch auf einige andere Waren eine Lohnerhöhung stattfinden möge. Dieses vorzutragen wurden wieder zwei Kollegen gewählt. Es solle aber auch dahin gewirkt werden, daß das Verteilen der Ketten etwas korrekter vorgenommen würde. Nicht daß die am bestgelohnten Arbeiten dem Einen immer, dem Andern gar nicht zugeteilt werden. Auch solle man versuchen, wie es auch in Coesfeld schon in einigen Fabriken eingeführt ist, daß Samstags 5½ Uhr Schluß ist. Wir hoffen, daß auch hiermit die Arbeiter Erfolg haben. Angesichts solcher Tatsachen ist es unbegreiflich, wie es in dem Betriebe noch Arbeiter geben kann, die sich nicht organisieren wollen. Sollte dieses wirklich Mangel an Solidarität sein, oder sollte es nicht aus Spekulationen geschehen. Ob dieselben nicht einsehen, daß ihre Mitarbeiter keine Achtung vor solchen haben können, die wohl ernten wollen, wo sie nicht säen. Soviel für heute.

Dülken. Unsere letzte Mitgliederversammlung war in gewohnter Weise besucht. Der erste Punkt der Tagesordnung, Rechnungsablage, konnte nicht erledigt werden, weil der Kassierer erkrankt war. Dafür wurde das Förderwesen erschöpfend besprochen und rege diskutiert. Es wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die heutige Mitgliederversammlung beschloß folgende Forderung zu stellen: Die Prozenten für die Ortsgruppe zu erhöhen, um eine regere Agitation in derselben zu entfalten und so mehr Mitglieder zu gewinnen. Die Förderer wären dann gewillt, für weniger Prozente die Zeitung zu besorgen."

Der Vorsitzende teilte dann mit, daß er im Laufe des Winters folgende Vorträge halten wolle: über das Krankenkassen-, Unfall- und Invalidengesetz, ferner über Haftpflichtgesetz und den gewerblichen Arbeitsvertrag. Der Vortrag über das Krankenkassengesetz, so beschloß die Versammlung, solle schon am nächsten Sonntag, morgens 10 Uhr im Lokale Müskes, Schulstraße, in einer öffentlichen Versammlung gehalten werden, welches durch Laufzettel bekannt zu machen sei. Wir hoffen, daß unsere Mitglieder auch am Sonntag, den 4. Dez., morgens 10 Uhr recht zahlreich zur Stelle sind im Lokale Müskes, Schulstraße.

Erzingen (Baden). In unserer letzten Versammlung, die am 13. Nov. abgehalten wurde, referierte Kollege Paul Gießler aus Freiburg über das Thema: „Warum organisieren sich die Arbeiter?" Redner wies in ausgezeichneter Weise die Notwendigkeit der Organisation nach. Er forderte alle zur regen Mitarbeit auf, damit die große Masse der Unorganisierten zu ihrem eigenen Wohle aufgerüttelt würden und sich uns anschlössen. In der nun folgenden Diskussion kritisierten die Kollegen Döbele, Zahner und Strittmatter die Verhältnisse hier am Orte im Sinne des Referats, und wurde darauf die Versammlung geschlossen.

Forst i. L. Unsere Ortsgruppe hielt am 16. Nov. eine Versammlung ab, die dadurch ein außergewöhnliches Gepräge erhielt, daß der Zentralvorsitzende unseres Verbandes das Referat übernommen hatte. Das Erscheinen desselben wurde von den Forster Kollegen freudig begrüßt. Die Versammlung, zu der alle Freunde und Förderer der christlichen Gewerkschaft eingeladen waren, war gut besucht. In seiner Einleitung forderte der Vorsitzende, Kollege Negerle, zur regen Mitarbeit für die Bestrebungen der Organisation auf. Zentralvorsitzender Schiffer sprach in 1½stündigem Referat über Zweck und Ziel der christlichen Gewerkschaften sowie über die kulturelle Bedeutung derselben. Reicher Beifall wurde seinen Ausführungen zuteil. Volle Redefreiheit war den Diskussionsrednern zugesichert worden. Als erster Redner sprach Herr Segenschmitter, Vorsitzender der Hirsch-Dunckerschen Richtung, die hier in Forst stark vertreten ist. Mit dem Referat erklärte er sich einigermaßen einverstanden; jedoch habe er die Behandlung der Frauenarbeit, die hier zu 60% in der Textilindustrie vertreten, vermißt. Auch könnte er nicht verstehen, warum die Gewerkschaft auf christlicher Grundlage errichtet werden soll. Eine solche sei nur Zentrumsmache. Eine Gewerkschaft müsse in politischer und religiöser Hinsicht neutral sein. Sodann hob er die Unterstützungseinrichtungen besonders hervor, die im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein beständen, und lobte diese über den grünen Klee. Unser Kollege Hoke führte demgegenüber an, wie es käme, daß die Entwickelung der Hirsch-Duncker eine so schwache sei, wenn ihre Gewerkschaft den Arbeiter vor allen Eventualitäten so gut zu schützen imstande sei. Seit 1868 auf dem Plan, habe man nur gut 100000 Mitglieder gewonnen. Das beweise doch deutlich, daß diese Gewerkschaft nicht das sei, was sie sein soll. Die Zügel habe man sich von den „freien" Gewerkschaften entreißen lassen. Auf dem nationalen Arbeiterkongreß in Frankfurt seien die Hirsch-Duncker nicht mit dabei gewesen. Die Neigung zum Freisinn und zur Sozialdemokratie sei bei den Hirsch-Dunckern vielfach zu finden. Redner verurteilte dann noch die Bestrebungen der Berliner Richtung, katholische Gewerkschaften zu gründen. Im gleichen Sinne sprach Kollege Schulze. Zentralvorsitzender Schiffer zerpflückte die Ausführungen des Herrn Segenschmitter und widerlegte dieselben in schlagfertigster Weise. Scharf verurteilte er auch die Arbeit der Berliner Richtung. Er forderte zur regen Mitarbeit für die christliche Gewerkschaftsbewegung auf. Der Vorsitzende unterstützte diese Ausführungen und schloß hierauf die Versammlung.

M.-Gladbach. Wie schon in der vorigen Nummer berichtet wurde, reichten die Weber der Firma Becker u. Neuenhofer, G. m. b. H., die Kündigung ein. Diese Angelegenheit erzeugte nun Begleiterscheinungen, die für manche, besonders für Arbeiterinnen, sehr lehrreich sind. Es ist eine Tatsache, daß in einer Fabrik die Arbeiten einzelner Abteilungen mit anderen ineinandergreifen, so auch in den Weberei. Wenn eine Abteilung feiert, so wird in der Regel die eine oder andere in Mitleidenschaft gezogen, weil entweder die Vorräte alle geworden, oder anderseits man nur soviel auf Vorrat arbeiten kann, wie die Einrichtung des Betriebes es gestattet. (Leere Hülsen, Spulen, Bäume usw.) So war es auch bei obiger Firma. Diese übersah die Situation insoweit, als sie bei einem eventl. Ausstande der Weber die Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen nicht voll beschäftigen konnte, weil das Vorhandene rasch auf resp. voll gearbeitet war. Aus diesem Grunde stellte sie nun an diese Arbeiter das Ansinnen, ein Schriftstück zu unterzeichnen, wonach sie sich, ohne jedweden Anspruch auf Entschädigung zu haben, mit einer Arbeitszeit von 1½—2 Stunden täglich einverstanden erklärten. Vier Arbeiterinnen, die diesem Ansinnen nicht entsprachen, wurden von der Firma gekündigt.

Hieraus können noch recht viele ersehen — besonders aber die Arbeiterinnen, — daß sie heute auf ein Wohlwollen der Arbeitgeber nicht mehr zu rechnen brauchen, denn dieses geht in der Regel nur so weit, als man vermeint, einen Vorteil zu erreichen. Was kann es einer Arbeiterin nützen, wenn sie täglich 1—2 Stunden in der hiesigen Industrie beschäftigt wird? Sie verdient zu viel zum sterben und zu wenig, auch nur ganz notdürftig zu leben. Denn von 20—50 Pfg. ist keiner imstande, seinen Lebensunterhalt im entferntesten bestreiten zu können. Es tritt hier so recht klar die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiterinnen zutage, denn diejenigen Arbeiterinnen, die dem Verbande angehörten, brauchten sich so etwas nicht bieten zu lassen, sie konnten das an sie gestellte Ansinnen mit Entschiedenheit zurückweisen, ohne Gefahr zu laufen, in Not zu geraten. Darum, Ihr Arbeiterinnen, alle dem Verband christlicher Textilarbeiter Deutschlands beigetreten! Helft Euch selbst und verhütet, daß Ihr durch Eure Gleichgültigkeit in eine ähnliche Lage geratet, wie hier die unorganisierten Arbeiterinnen.

M.-Gladbach. Mit den Verhältnissen bei der Firma Hertmann u. Deußen beschäftigte sich am 10. d. M. eine Versammlung. Dieselbe war einberufen worden, um die Unorganisierten auf das Verkehrte ihrer Handlungsweise hinzuweisen und die Zustände der Fabrik einer Besprechung zu unterziehen. Ferner war noch hinzugekommen, daß die Firma Samstags vorher zwei Mitgliedern unseres Verbandes gekündigt hatte. Es lag nun klar (und in der Versammlung konnte keiner der Anwesenden etwas Nachteiliges über die Kollegen aussagen), daß der Grund der Kündigung in der Agitation für die Versammlung zu suchen sei. Nachdem nun die Lage der Arbeiter besprochen und verschiedene Mißstände festgestellt waren, welche man abzustellen bestrebt war, wurden die Organisationsvertreter beauftragt, bei der Firma vorstellig zu werden. Eine Unterredung, die einige Tage später mit den Inhabern der Firma, zu welcher auch noch vier Arbeiter zugezogen wurden, stattfand, ergab ein teilweise anderes Bild, wie man es nach der Versammlung hätte erwarten sollen. Hieran mögen zum teil die Unorganisierten Schuld sein, die nicht auf der Versammlung waren, aber von denjenigen Kollegen, welche derselben beigewohnt, hätte man nach den erfolgten Ausführungen und Abstimmungen doch etwas anders erwarten dürfen. Man soll auch auf einer Versammlung den Mut haben, für seine Ansicht einzutreten, damit die Vertreter der Organisation sich auch ein Bild machen können, wie es in Wirklichkeit mit der Stimmung unter den Arbeitern bestellt ist. Sonderbarerweise wurde auf der Versammlung entschieden gegen das Ueberarbeiten Stellung genommen, und nachher konnte man die Wahrnehmung machen, als die Firma wieder mit Ueberarbeit an die Arbeiter herantrat, sie zu leisten ihnen aber freistellte, daß, von winzigen Ausnahmen abgesehen, wieder lustig darauf los geschafft wurde, und zwar bis abends 9 Uhr. Bezüglich der beiden Gekündigten wollte die Firma den Vertretern glauben machen, daß diese deshalb gekündigt seien, weil sie durchschnittlich nur drei Mk. pro Tag verdient hätten. Andererseits gab sie aber auch zu, daß noch andere Gründe sie zu der Kündigung bewogen hätten, wobei man von unzufriedenen Arbeitern sprach. Diese „Unzufriedenheit" ist ja jedem organisierten Arbeiter bekannt, besonders, da es in vielen Fabriken heißt: Dem es hier nicht gefällt, der kann gehen. Als sicher ist anzunehmen, daß, wenn die Kollegen mit allem zufrieden gewesen wären, von seiten der Firma eine Kündigung nicht erfolgt wäre, und haben dieselben wahrscheinlich als Einschüchterungsmittel dienen sollen. Soviel aber steht fest, daß, wenn die Firma mit einer, bis auf den letzten Mann organisierten Belegschaft zu rechnen gehabt hätte, sie sich nicht herausgenommen hätte, die Arbeiter unter den obwaltenden Umständen zu kündigen. Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß die Verhandlungen doch nicht ganz ohne Erfolg für die Arbeiter gewesen sind, denn es ist von der Firma wieder zugestanden worden, daß die Arbeiter statt bisher fünf Minuten, jetzt wieder zehn Minuten ohne Strafe morgens und mittags später kommen können. Andererseits wurde auch von der Firma eingeräumt, daß sich die Arbeiter wieder einen Ausschuß wählen könnten. Zum letzteren Punkte liegt es nun im Interesse der Arbeiter, dafür zu sorgen, daß dieses zur Ausführung gebracht wird, und die Arbeiter durch Anschluß an die Organisation dem Ausschusse den Rücken stärken, damit er ohne Furcht die berechtigten Interessen der Arbeiter wahrnehmen und vertreten kann.

M.-Gladbach, den 28. Nov. Die Lohndifferenzen in der Firma Becker u. Neuenhofer sind am Samstag durch gegenseitiges Entgegenkommen zugunsten der Arbeiter von dem Ausschusse der Firma geschlichtet worden.

M.-Gladbach. Die Weber der Firma H. Boetzelen jr. zu M.-Gladbach hatten nach abgelaufener Kündigung am Samstag, den 26. dss. die Arbeit eingestellt. Bei einer heute, Montag, stattgefundenen Verhandlung zeigte die Firma soviel Entgegenkommen, daß die Arbeiter beschlossen, am Dienstag morgen die Arbeit wieder aufzunehmen.

M.-Gladbach. Wie die Arbeiterschaft manchmal Enttäuschungen erfährt; möge man aus einem Falle, der sich in der Firma Severen u. Hansen hierselbst, nach uns zugegangenen Berichten, zugetragen hat, ersehen. Ging dort eines Tages eine Arbeiterin und fragte um Arbeit an; als ihr solche zugesagt wurde, fragte sie, wie viel man wohl verdienen könnte, worauf erwidert wurde: 25—27 Mark in zwei Wochen. Mit einem solchen Verdienste war die Arbeiterin zufrieden und trat die Arbeit an. In der ersten Lohnperiode hatte sie ungefähr 2 Mark pro Tag verdient, meinte nun auch, daß sich dasselbe für die Zukunft noch besser gestalten würde. Hier hatte sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Sie wußte nämlich noch nicht, daß sie in der ersten Lohnperiode mit günstigen Arbeiten bedacht worden war, sollte vielmehr erfahren, daß es noch ungünstigere Arbeiten gibt, d. h. solche, wo man bei der größten Anstrengung im Akkord nicht auf Verdienst kommen kann. Sie brachte es in zwei Wochen auf sage und schreibe fünfzehn Mark 54 Pfg., wozu nach längerem Verhandeln eine Vergütung von 1,90 Mk. gewährt wurde, sodaß auf den Arbeitstag ein Verdienst von einer Mark 42 Pfg. entfiel. Ein Antrag der Arbeiterin, ihr wegen der mißlichen Lohnverhältnisse den Austritt aus dem Arbeitsverhältnisse zu gestatten, wurde von der Firma abgelehnt, dieselbe bestand auf Kündigung. Bei dieser Gelegenheit wurde die Arbeiterin zum Nachdenken angeregt, und sie sah in ihrem Lohnbuche, welches früher von einer anderen Arbeiterin als solches benutzt worden war, mal nach, was diese denn wohl verdient habe. Hierdurch wurden ihr aber die Augen geöffnet. Diese, ein Mädchen von 18—20 Jahren, hatte in acht Lohnperioden zu je zwei Wochen, zusammen 130,11 Mark ausbezahlt erhalten, was einem wöchentlichen Einkommen von acht Mark 13 Pfg. entspricht. Man ersieht hieraus wieder, daß es im gewerblichen Leben noch viel zu bessern gibt. Die Arbeiterinnen sollten aus diesem Beispiel ersehen, wie hülfslos sie einzeln den Fabrikanten gegenüberstehen, und nur im Zusammenschluß ein Verbesserungsmittel erblickt werden kann. Tretet deshalb alle dem Verbande christlicher Textilarbeiter Deutschlands bei.

Hannover-Linden. In der am 17. Nov. stattgehabten Versammlung hielt der Kollege Werner, vom christl. Verband der Bauhilfsarbeiter, einen Vortrag über: „Die Gegner der christl. Gewerkschaften." Es gibt deren viele. Die Arbeitgeber haben s. Z. die Gründung der christl. Gewerkvereine begrüßt. Als aber auch diese Forderungen stellten auf höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit, humane Behandlung usw., da war es mit der Freundschaft aus, und heute werden sie ebenso bekämpft wie die soziald. Gewerkschaften. Auch die Behörde mache an verschiedenen Orten unserer Gewerkschaft große Schwierigkeiten. Daß wir von der Sozialdemokratie und den „freien" Gewerkschaften mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln bekämpft würden, hätten die Gründer vorhergesagt. Alle diese Gegner sind aber, wenn wir sie auch nicht unterschätzen wollen, nicht so schlimm, als der Indifferentismus, der viel zu viel bei unseren christlichen Arbeitern herrscht. Wäre dieser Gegner überwunden, dann würde die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung davon profitieren. Man wolle aber keine Opfer bringen. Für alles mögliche habe man Geld und Zeit, nur nicht für die Organisation. Man wolle wohl ernten, aber nicht säen. Ohne Opfer gehe es aber nicht. Auch die bürgerliche Presse unterstütze unsere Sache mit wenigen Ausnahmen garnicht. Auch dieses sollten sich die Arbeiter besonders merken. Man möge allerwärts für unsere gerechte Sache eintreten, dies sei besonders die Aufgabe der Mitglieder. An den Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion. In seinem Schlußwort forderte der Referent nochmals alle zu reger Agitation auf, damit die Ortsgruppe immer mehr erstarke. Weil unsere Mitglieder sehr zerstreut wohnen, wurde noch ein Vertrauensmann hinzugewählt. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Kolbermoor. Am Sonntag, den 13. Nov. fand hier die erste Mitgliederversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Nachdem Kollege Stüber die Versammlung eröffnet, ersuchte er den Schriftführer, das Protokoll der zwei letzten größeren Versammlungen, die zwecks Neugründung der Zahlstelle abgehalten wurden, zu verlesen. Nach Verlesung des Protokolls ging Kollege Stüber zum eigentlichen Punkt der Tagesordnung, Statutenberatung, über und erläuterte die wichtigsten Punkte desselben. Hierauf wurde die Diskussion darüber eröffnet. Währenddem beehrten uns die zwei hochw. Herrn Kooperatoren mit ihrem Besuch. Kollege Stüber begrüßte die Herren und dankte ihnen für das Interesse, das sie der Arbeitersache entgegenbringen. Kollege Fromm, Vorstand der hiesigen Zahlstelle des christlichen Keramikarbeiterverbandes, der zur Versammlung eingeladen war, erläuterte hierauf in ausführlicher Weise die wichtigsten Punkte unserer Verbandsstatuten. Nachdem die T.-D. erledigt war, erinnerte Kollege Weber die Mitglieder an den gemeinsamen Warenbezug der hier bestehenden christlichen Organisationen. Hierauf gab Kollege Fromm genauen Aufschluß über den vom Vorredner angeführten Warenbezug und kam des weiteren auf die Vorteile zu sprechen, die in einzelnen Ortsgruppen schon durch diesbezüglichen Unternehmungen erwuchsen. Redner schilderte die Verhältnisse in Gegenden, in denen die Organisation langsam Fuß fasse, gegenüber denen, wo sie schon festen Fuß gefaßt habe und intensiv vorwärts schreite. Der Arbeiterstand, führte Redner aus, muß sich geistig ausbilden, denn „Wissen ist Macht!" Hierauf ermahnte Redner, das Gewerkschaftsblatt fleißig zu studieren und die hiesige Volksbibliothek fleißig zu benutzen. Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten erledigt waren, resp. Kollege Stüber Kollegen Fromm gedankt hatte für seine Ausführungen und sich niemand mehr zum Wort meldete, wurde die nächste Versammlung auf den 18. Dezember festgesetzt und darauf die Versammlung geschlossen.

NB. Die Bibliothek befindet sich bei Frau Drechsel (Gemüsehandlung), Rückgebäude.

Osnabrück. In der Versammlung am 16. Nov. hielt Herr Maunier einen Vortrag über Kleinarbeit in der Organisation. Derselbe empfahl besonders die Agitation von Mund zu Mund, ferner die Hausagitation sowie Fabrikver-

nehmen müssen. Selbstredend wird dann der Wert der Ware vom Lohne abgehalten. Diese Arbeitgeber täten gut, den § 115 der Gewerbeordnung sich mal anzusehen, welcher im ersten Absatz lautet:

„Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und **baar** auszuzahlen. Also nicht mit Ware, sondern mit Geld soll entlöhnt werden.“ Mögen sich auch dieses die Arbeiter merken.

Aber wohin fließen die Strafgelder? Viele geben an: „Wir wissen es nicht.“ Andere geben an, in die Krankenkasse. Wieder andere: das Strafgeld für fehlerhafte Ware erhält der Fabrikant, vom übrigen wissen wir nichts. Also auch hier die sonderbarsten Dinge. Und doch ist auch dieses durch die Bestimmungen der Gewerbeordnung genau geregelt.

Zunächst bestimmt § 134b Abs. 3 Schluß:

„Alle Strafgelder müssen zum Besten der Arbeiter der Fabrik verwendet werden.“

§ 134c bestimmt Abs. 2 Schluß:

„Die Strafen müssen ohne Verzug festgesetzt und dem Arbeiter zur Kenntnis gebracht werden.“

Mögen die Arbeiter sich auch dieses merken. Dann heißt es weiter:

„Die verhängten Geldstrafen sind in ein Verzeichnis einzutragen, welches den Namen des Bestraften, den Tag der Bestrafung sowie den Grund und die Höhe der Strafe ergibt und auf Erfordern dem im § 139b bezeichneten Beamten (Polizeibehörde und Gewerbeinspektor) jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden muß.“

Mögen Alle, die dazu berufen sind, grade hierauf ein wachsames Auge haben. Jedenfalls wird dieses dazu beitragen, daß manche Unzufriedenheit und vielleicht auch Unkenntnis beseitigt wird.

Es wird bei solchen Verhältnissen gar nicht auffallen, wenn weiter mitgeteilt wird, daß nur ganz vereinzelt ein Arbeiter-Ausschuß existiert, der aber dazu in fast allen Fällen nur als eine Dekoration betrachtet wird, denn nur in zwei Fabriken sind die geltenden Lohnsätze mit dem Arbeiter-Ausschuß vereinbart.

Weiter wird es dann auch Niemand wundern, wenn die Organisationsverhältnisse im Allgemeinen nicht gut genannt werden können. Gegnerische Organisationen kommen fast gar nicht in Frage. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband hat innerhalb unserer bestehenden Ortsgruppen keine 100 Mitglieder. Die Ansichten der Behörden stehen unserer Bewegung nicht mehr so abhold gegenüber.

Die Arbeiter selbst haben vielfach wohl eingesehen, daß nur durch die Organisation die Verhältnisse gebessert werden können. Wir würden auch einige tausend Mitglieder hier in Westfalen schon mehr haben können, wenn nicht die traurigen Verhältnisse mancherorts die Arbeiter zu mutlos gemacht hätten. Andererseits halten auch viele Arbeitgeber die Arbeiter in Furcht dadurch, daß mit Maßregelung gedroht wird, wenn die Arbeiter sich organisieren. Wenn irgendwo, dann bedürfen auch wir hier in Westfalen ein freies Koalitionsrecht. Unsererseits werden wir nicht nachlassen, immer wieder aufklärend zu wirken. Manche Freunde unserer Sache sind uns in letzter Zeit behülflich gewesen. Die Lokalpresse unterstützt uns wenig, mit ein paar wirklich rühmlichen Ausnahmen. Diesen unseren besonderen Dank.

Diesen Bericht glaube ich nicht besser schließen zu können, als mit der Aufforderung an unsere Textilarbeiter allerwärts: Werdet endlich einig! Tretet ohne Furcht und Zagen mehr unserm christlichen Textilarbeiterverbande bei, dann können auch in Westfalen bessere Verhältnisse geschaffen werden. Bedenkt den Ausspruch des Fürsten Bismarck: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt.“ Und weiter: „Nur dem Mutigen gehört die Welt.“ Darum hoch der christliche Textilarbeiterverband!

H. Camps, Bezirksvorsitzender.

Der Ausstand bei Crous u. Hoffmann in Aachen,

über den wir in unserem Organ kurz berichteten, hat durch seine eigenartigen Begleiterscheinungen ein für die gesamte organisierte Arbeiterschaft hohes Interesse erhalten. Die sonderbaren Manipulationen der Firma Herz u. Haymann, für deren Auftrag die Arbeiten bei Crous u. Hoffmann gemacht wurden, und vor allem das Verhalten der Aachener Armenverwaltung, die arbeitslose Weber, die Unterstützungen erhielten, anhielt, um bei der vom Ausstand betroffenen Firma Arbeit anzunehmen. Wiederholte Vorstellungen bei der Aachener Stadtverwaltung seitens unseres Bezirksvorsitzenden, Kollegen Sistenich, hatten keinen Erfolg. In der Stadtverordneten-Sitzung vom 18. Nov. kam die Angelegenheit zur Sprache. Große Anstrengungen wurden gemacht, um das Verhalten der Armenverwaltung zu rechtfertigen. Schließlich wurde vom Stadtverordneten-Kollegium folgende Resolution angenommen:

„Nach den im Reichsgesetze über den Unterstützungswohnsitz und dem preußischen Ausführungsgesetze hierzu festgesetzten Grundsätzen der öffentlichen Armenpflege in Verbindung mit der Entscheidung des höchsten Gerichtshofes in Armensachen, des Bundesamtes für das Heimatwesen, gehört zu den Aufgaben der öffentlichen Armenpflege nicht:

„die Gewährung einer fortlaufenden Unterstützung an einen arbeitsfähigen Mann, der die infolge eines Streiks vorhandene Arbeitsgelegenheit unbenutzt läßt, weil er dadurch Nachteil für spätere Zeiten fürchtet.“

Die Stadt-(Armen-)Verwaltung hat in dem vorliegenden Falle keine Veranlassung, von diesem Grundsatze abzugehen, um so weniger, als die Firma Herz u. Haymann inbezug auf die Löhnung ihrer Arbeiter die Bedingungen vollständig erfüllte, welche seitens der Arbeitnehmerverbände an die Arbeitgeber in der Textilindustrie gestellt werden. Es muß daher darauf bestanden werden, daß arbeitslose Weber, welche öffentliche Armenunterstützung in Anspruch nehmen, die ihnen sich jetzt darbietende Arbeitsgelegenheit ergreifen, widrigenfalls die Armenunterstützung ganz oder teilweise in Fortfall kommt. Es soll jedoch hierbei seitens der Armenverwaltung jede Härte vermieden werden. Bei künftigen Streitfällen wird von Fall zu Fall eine sorgfältige Prüfung der Sachlage und der Frage der von der Armenverwaltung zu treffenden Maßnahmen erfolgen.“

Um volle Aufklärung über den Verlauf und den Stand des Ausstandes zu geben, aber mehr noch, um Protest zu erheben gegen solche, die Arbeiterschaft schädigende Maßnahmen, hatte das christliche Gewerkschaftskartell eine Versammlung in der großen Glashalle des „Zoologischen Garten“ auf Dienstag, den 22. Nov. einberufen. Die Tagesordnung lautete: „Tarifverträge und kommunale Sozialpolitik.“ Wohl 2000 Personen waren erschienen.

Kollege Sistenich berichtete über die Entstehung des Tarifes für die Lohnwebereien, der im März d. Js. abgeschlossen, nach einigen Kämpfen allgemein durchgeführt wurde und bis jetzt den Frieden zwischen den Lohnwebereibesitzern und ihren Arbeitern im allgemeinen erhalten hat. Vor etwa acht Wochen nun erhielt die Firma Crous u. Hoffmann von der Firma Herz u. Haymann Arbeiten zugewiesen. Anfangs wurde dafür der Minimaltarif von 12½ Pfg. gezahlt. Nach einigen Wochen erklärten Crous u. Hoffmann, sie würden von jetzt an nur noch 12 Pfg. zahlen. Die Belegschaft weigerte sich, dafür weiter zu arbeiten. Da nahm die Firma an Stelle eines Mitgliedes des Fabrikausschusses einen Arbeiter an, der sich mit vollem Bewußtsein zur Arbeit unter dem Tarif bereit erklärte. Da Herr Hoffmann dabei blieb, er werde unter keinen Umständen mehr als 12 Pfg. zahlen, so erfolgte der Ausstand unter Zustimmung der Verbandsleitung. Nach verschiedenen vergeblichen Versuchen, den Betrieb in Gang zu halten, kam nach etwa 14 Tagen ein Meister der Firma zum Bezirksvorsitzenden mit der Eröffnung, daß Crous u. Hoffmann jetzt bereit seien, 12½ Pfg. zu zahlen, da die Firma Herz u. Haymann als Auftraggeberin einen halben Pfennig zugelegt hätte. Vorher hatten Crous u. Hoffmann erklärt, daß Herz u. Haymann nur 16 Pfg. zahlten, also 3 Pfg. unter dem Konventionaltarif der Lohnwebereibesitzer. In geheimer Abstimmung wurde von der Belegschaft mit 25 gegen 2 Stimmen beschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis der Streikbrecher, der an dem Konflikte einen großen Teil der Schuld trug, entlassen sei. In den deswegen mit Herrn Hoffmann gepflogenen Verhandlungen lehnte dieser die Entlassung des Streikbrechers zunächst ab, erklärte aber schließlich, dieserhalb erst mit Herz u. Haymann Rücksprache nehmen zu müssen. Der Ausschuß war bereit, eine 14-tägige Kündigungsfrist zuzugestehen. Der zugesagte Bescheid auf dieses Angebot erfolgte nicht. Später wurde beschlossen, die Forderung wegen Entlassung des Arbeitswilligen fallen zu lassen. Auf dem Wege zur Fabrik wurde aber dem Ausschusse schriftlich mitgeteilt, daß die Stühle an Herz u. Haymann vermietet seien. Auf telephonische Anfrage erklärten Herz u. Haymann, ihren Tarif zu zahlen, aben strikte wurde erklärt, daß kein einziger der bei Firma Crous u. Hoffmann in den Ausstand getretenen Arbeiter eingestellt werden würde. Am selben Tage erschien in den Blättern eine Anzeige, wonach Weber gesucht wurden Adalbertstw. 232. Die dort Nachfragenden waren enttäuscht, als sie hörten, daß das Gesuch von der Firma Herz u. Haymann ausgehe, aber für die Fabrik von Crous u. Hoffmann geschehe. Die meisten der sich meldenden Weber lehnten die Uebernahme der Arbeit ab, nur wenige, und nicht die besten Elemente, fanden sich dazu bereit. (Lebhafte Pfuirufe.) Vermittelungsversuche bei Herz u. Haymann haben kein Ergebnis gehabt. Die Firma Herz u. Haymann wird mit Schluß des Jahres den Betrieb bei Crous u. Hoffmann einstellen.

Vor allem ist es Schuld der Firma Herz u. Haymann, daß diese Wirren entstanden sind. (Rufe: Sehr richtig!) Den tariftreuen Lohnwebereien wird die Arbeit entzogen und Unterbietern zugewiesen. Die Firma Bindelle hat sich noch billiger angeboten als Crous u. Hoffmann. Sie bot darum ihren Arbeitern sogar nur 10 Pfg. Sie erklärte sich später zur Annahme des Tarifs bereit; es bestehen aber noch Differenzen über die Frage, wie viel Touren die Stühle der Firma machen. Diese Frage wird durch eine Klage beim Gewerbegericht entschieden werden.

Verwickelter wurde die Sachlage durch die Stellungnahme der Armenverwaltung, welche arbeitslose Weber nach der Firma Herz u. Haymann verwies. Die Betreffenden haben sich geweigert, in die Fabrik zu gehen, um ihrer Arbeiterehre willen. (Bravo.) Nur eine Arbeiterin soll sich auf Veranlassung der Armenverwaltung bereit gefunden haben. Die Arbeiterehre stehe uns gerade so hoch wie die Ehre anderer Stände. (Bravo!) Darauf muß die Armenverwaltung Rücksicht nehmen. Redner ist in der Sache dreimal auf dem Rathause vorstellig geworden. Schließlich hat der Herr Oberbürgermeister erklärt, er wolle hinhalten und nichts zur Verschärfung beitragen. Dem mag ungefähr die in dem Stadtparlament erlassene Erklärung entsprechen.

An einen vollen Sieg in dem Streik ist nicht zu denken, da sich Arbeitswillige gefunden haben, aber gesiegt hat die Belegschaft dennoch, denn es ist der Firma Herz u. Haymann nicht gelungen, den Minimaltarif zu durchbrechen. Die Belegschaft hat den Minimaltarif gerettet für ganz Aachen. Die Durchbrechung wäre verhängnisvoll und gleichbedeutend gewesen mit einer Lohnherabsetzung für alle Textilarbeiter. Was wir errungen haben, müssen wir halten. Auch bei schlechter Konjunktur werden wir den Tarif nicht preisgeben. (Bravo.) Das wird auch nicht geschehen in einem Falle, der heute Abend dem Vorstande des Verbandes mitgeteilt worden ist. (Lebh. Beifall.)

Als zweiter Redner nahm Kollege **Giesberts**-M.-Gladbach das Wort. Er führte ungefähr folgendes aus:

Der Anlaß zur Versammlung ist ein Streitfall, der weit über Aachen hinaus Bedeutung hat und um so bedeutungsvoller ist, als es sich um die Aufrechterhaltung eines mit schweren Kämpfen errungenen Tarifvertrages handelt. Die heutigen anarchistischen Lohnverhältnisse, die vielfach herrschen, drängen mit Notwendigkeit dazu, bestehende Tarifverträge aufrechtzuerhalten. Das Streben nach Besserung der Verhältnisse ist allgemein als berechtigt anerkannt, da ohne auskömmlichen Lohn das Dasein menschenwürdig nicht geführt werden kann. Der industrielle Arbeiter wird meist unzureichend gelohnt, und daher ist sein Streben begreiflich, seine Arbeitskraft, sein einziges Besitztum, möglichst hoch an den Mann zu bringen. Es fragt sich, welche Quote des Gewinnstes der Produktion dem Arbeiter zusteht. Der volle Gewinnst kommt ihm selbstredend nicht zu, aber dagegen muß er sich wehren, daß das ganze Risiko der Produktion auf seine Schultern abgewälzt wird. Ein gewisses Minimum an Lohn steht ihm zu. Die Grenze festzustellen ist schwer, aber schließlich muß es dazu kommen, daß gemeinsam von beiden Seiten, Arbeitern und Arbeitgebern, dieses Minimum festgelegt wird. Bei dem Kampf um die Lohnquote wehren sich die Arbeitgeber vielfach dagegen, daß die Arbeiter an deren Festsetzung teilnehmen wollen. Das führt noch zu Konflikten, Streiks und Aussperrungen. Daß solche von den Arbeitern frivol und leichtsinnig provoziert würden, sollte man sich doch endlich einmal ausreden; denn die Arbeiterschaft hütet sich schwer davor, ihr ganzes Dasein leichtsinnig aufs Spiel zu setzen. So lange jener Kampf besteht, werden Konflikte unausbleiblich sein. Wie können nun diese Kämpfe auf das möglichst geringste Maß zurückgeführt werden? Nur durch Abschluß von Tarifverträgen! Nach der Gewerbeordnung ist der Arbeitsvertrag frei. Während aber der Einzelne bei dessen Abschluß schwach ist, sind die Organisationen um so wirksamer. Diese korporative Regelung setzt voraus starke, zielbewußte Organisationen, deren Notwendigkeit dadurch gegeben erscheint. Das Arbeitsverhältnis der Zukunft wird durch starke Organisationen der Arbeiter und der Arbeitgeber geregelt werden, und dadurch wenigstens ein Minimallohn für die ersteren garantiert. Der Tarifvertrag schränkt das „Herr im Hause“-Recht des Arbeitgebers insofern ein, als nicht unter Tarif gearbeitet werden darf. Die Arbeiter sind durch den Tarif geschützt vor plötzlichen Verschlechterungen bei schlechter Konjunktur. Die Arbeitgeber haben durch die Tarifverträge eine feste Grundlage für ihre Preiskalkulation, wie es die Tarife der Maurer heute schon zeigen, durch welche die Schmutzkonkurrenz ausgeschlossen wird. Der starke Widerstand, den viele Arbeitgeber noch den Tarifverträgen entgegensetzen, ist krasser Egoismus, um möglichst viel aus ihrem Betrieb herauszuschlagen. Das ist verwerflich. Der Einwand des „Herr im Hause bleiben“ muß beschränkt werden insofern, als die Würde der Arbeiter gewahrt werden muß, die keine Sklaven sind. Der Handwerkertag in Magdeburg und die auf seinem Boden stehenden Handwerker sind sehr im Irrtum, wenn sie sich in Scharfmacherbahnen ziehen lassen. Wir Arbeiterführer sind keine Hetzer, wie die Scharfmacher behaupten. Alle Faktoren, auch Nichtarbeitgeber, Staat und Gemeinden, sollten den Abschluß von Tarifverträgen begünstigen. Bedauerlich ist das Fehlen der Einsicht der hiesigen städtischen Körperschaften in dem vorliegenden Streik. Buchstäblich genommen war ja die Stadtverwaltung berechtigt, den Streik als erledigt zu betrachten, weil ein neuer Betrieb unter einer neuen Firma in Frage kam. Diese juristische Frage will ich nicht anschneiden, obschon es interessant wäre, ihr nachzugehen, aber auch juristisch genommen, braucht der Arbeiter keine ihn entehrende Arbeit anzunehmen, ebenso wie er nach der Gewerbeordnung nicht verpflichtet ist, bei nicht berufsmäßiger körperlicher Gefahr solche zu verrichten. Eine Entehrung sieht der Arbeiter aber darin, wenn ihm zugemutet wird, Streikbrecherdienste zu leisten. Es ist kein idealer Zustand, wenn arbeitsfähige Leute Armenunterstützung nachsuchen müssen, aber unverschuldet kann es vorkommen. Weil aber jeder ehrenwerte Arbeiter eine Zurücksetzung in der Armenunterstützung sieht, sollte die Armenverwaltung sozial denken und alles vermeiden, was Erbitterung wecken kann. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber haben Interesse daran, daß die Armenverwaltung so verfährt. Das Gros der Arbeitgeber hat großes Interesse, daß der Lohntarif aufrecht erhalten wird und die frühere Lohnanarchie nicht wieder eintritt. Ist es nicht eine Schande, daß ein schuldlos arbeitslos gewordener Armenunterstützung annehmen muß?! Da sollte die Arbeitslosenversicherung staatlicher- und städtischerseits eingeführt werden, wie sie in Köln im kleinen möglich war. Was dort, das muß auch für Aachen zu erreichen sein.

Denn die Städte haben gewisse Aufgaben auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Zu diesen Aufgaben aber liegt die Haltung der Aachener Armenverwaltung in strikem Gegensatz. Als von Arbeitgebern wird von den Städten verlangt, daß ihre Betriebe sozialpolitische Musterbetriebe sind, daß im Submissionswesen Remedur geschaffen wird und die Beseitigung der sogenannten Streikklausel durchgeführt wird. Gegenüber den Arbeitern soll die Stadt ebenso neutral sein, wie gegenüber den Arbeitgebern. Das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht müssen die Städte auch ihren Arbeitern nicht einschränken und die Arbeitsnachweise nicht bureaukratisch, sondern paritätisch einrichten. Die kommunale Arbeitslosenversicherung könnte von den Kommunen wohl mehr gefördert werden, als es bislang geschehen ist. Als Aufsichtsstellen bei den Krankenkassen tun viele Verwalungen ihre Schuldigkeit nicht. Auf die Wohnungsfrage müßten sie mehr Gewicht legen. Aber dank des Dreiklassenwahlsystems sind die unteren Stände von der Kommunalverwaltung fast ausgeschlossen. Es ist bedauerlich, daß Aachen den Arbeitern nicht einmal ein paar Stadtratsmandate einräumt und den Wahlzensus nicht herabsetzt. Da müßte die Arbeiterschaft einmal ein deutliches Wort reden. Wenn die hier bestehende soziale Kommission nur einmal im Jahre berufen wurde, dann sollte man sich doch einer solchen — gerade heraus gesagt — Verhöhnung der Arbeiterschaft schämen, die dabei an dem guten Willen der Herren zweifeln muß. Aber die Arbeiter schlafen, wie sie sich betten. Ohne Organisation geht es nicht mehr. Von deren Notwendigkeit muß sich auch der letzte Arbeiter durchdringen lassen und mit ganzer Seele ihr angehören. Die Armut der Arbeiter ist kein Beweis ihres Mangels an Intelligenz. Das Wort von den „armen dummen Teufeln“ hat sich überlebt. (Anhaltender Beifall.)

Von allen nachfolgenden Rednern wurde im gleichen Sinne gesprochen. Scharf wurde kritisiert, daß die Soziale Kommission in Aachen bei solch wichtigen Anlässen nicht zusammen trete. Auch ohnedies sei hierfür Grund genug vorhanden, da eine sehr große Zahl Arbeitslose, vornehmlich Weber, in Aachen vorhanden sei. Es erwecke aber den Anschein, als ob die Soziale Kommission mehr zur Dekoration da sei.

Folgende Resolution fand unter lebhaftem Beifall einstimmige Annahme:

„Die am 22. Nov. vom christl. Gewerkschaftskartell in Aachen abgehaltene, von annähernd 2000 Personen besuchte Versammlung erblickt in dem Abschluß von Tarifverträgen ein Mittel, um Ordnung und Stetigkeit in die gewerblichen Arbeitsverhältnisse zu bringen. Sie verurteilt aufs schärfste den von einigen hiesigen Firmen gemachten Versuch, den Minimaltarif der in Lohnwebereien beschäftigten Arbeiter zu durchbrechen und damit die an und für sich geringen Löhne der Textilarbeiter herabzudrücken. Die Versammlung erklärt ferner: Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung und Stadtverordneten, den Bestrebungen der Arbeiterschaft auf Besserung ihrer Lage fördernd zur Seite zu stehen.

Insbesondere ist es Pflicht der Stadtverwaltung, sich bei Lohnkämpfen aller Maßnahmen zu enthalten, die als einseitige Parteinahme sich darstellen. Die Versammlung ist weit entfernt davon, zu verlangen, daß die „Armenkasse eine Streikkasse“ sei. Sie verurteilt aber entschieden den Versuch, die Armenverwaltung zu einer Streikbrechervermittlungsstelle zu machen.

Die in der Stadtverordnetensitzung am 18. Nov. seitens der Verwaltung abgegebene Erklärung betrachtet die Versammlung als einen Schritt vom rein juristisch-formalen Standpunkt auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit und Billigkeit.

Die Versammlung verlangt, daß der Arbeiterschaft die Möglichkeit gegeben werde, an den Aufgaben der Gemeinde in einer ihrer Zahl und Bedeutung entsprechenden Weise mitzuwirken.

Sie verlangt insbesondere eine Verstärkung und ständige Vertretung der Arbeitervertreter im Sozialen Ausschusse und erwartet, daß dieser in allen, das Interesse der Arbeiter berührenden Fragen gehört werde.

Die Versammlung verlangt ferner, daß der Arbeiterschaft die Möglichkeit gegeben werde, im Stadtverordnetenkollegium durch Männer ihres Vertrauens, welche die Lage des Arbeiterstandes kennen, vertreten zu sein. Zu diesem Zwecke beansprucht die Versammlung vor allem die Herabsetzung des Wahlzensus auf das niedrigste Maß.“

In seinem Schlußwort zog Kollege Giesberts kurz ein Resumee der Versammlung. Er beklagte, daß durch solche Maßnahmen die Klassengegensätze verschärft würden. Der Arbeiter habe ein Recht, vollberechtigter Bürger der Stadt zu sein und gehört zu werden. Redner empfiehlt den Ausbau der Organisation dringend; dadurch würden die Verhältnisse auch für den Aachener Arbeiter besser werden. Lebhaftes Bravo bekundete das Einverständnis mit diesen Ausführungen.

Inzwischen hat die ausständige Belegschaft der Lohnweberei von Crous u. Hoffmann einstimmig beschlossen, den Streik als beendet zu erklären, da die Firma Herz u. Haymann gegenüber einer Deputation des Zentralvorstandes des christlichen Textilarbeiterverbandes folgende Punkte festgelegt hat: 1. Keine Arbeiter ihrer Fabrik und Filiale nach dem Betrieb von Crous u. Hoffmann zu schicken; 2. keine Arbeitswillige für den genannten Betrieb mehr anzunehmen; 3. bis Ende Dezember sämtliche Arbeiten von den Stühlen bei Crous und Hoffmann einzuziehen.

Ein Teil der Ausständigen hat bereits in anderen Betrieben Arbeit gefunden. Das Hauptziel des Ausstandes — die Durchbrechung des Minimaltarifs zu verhindenn — ist erreicht.

Die Aachener Armenverwaltung hat wahrlich keine Lorbeeren geerntet mit ihrem Vorgehen. Dasselbe kann man auch von der Stadtverwaltung sagen. Welche Beleidigung es für einen organisierten Arbeiter bedeutet, wenn man an ihn das Ansinnen stellt, streikenden Kollegen in den Rücken zu fallen, mag den Funktionären der Armenverwaltung wohl fremd sein. Die Arbeitslosen, welche Armenunterstützung in Anspruch nehmen müssen, sind hart genug getroffen. Ein Gang zur Armenverwaltung ist für sie eine Folter. Hoffen wir, daß für die Zukunft derartige Maßnahmen nie mehr getroffen werden.

Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

Zuzug ist fernzuhalten von der Firma C. Lange, Seidenfabrik in Aurath.

Aachen. Am 23. Nov. stand die Privatklage: „Zander gegen Hermanns“ wegen Beleidigung zur Verhandlung. Bei den kürzlich stattgefundenen Differenzen bei der Firma Deltus, die als „großer Coup“ seitens der „Freien“ ausgespielt worden waren, sollte der Weber Hermanns das Ausschußmitglied Zander dadurch beleidigt haben, daß er diesen Verräter und christlicher Lump genannt hat. Der Anlaß hierzu war, daß Hermanns dem Zander die Schuld an seiner Entlassung zuschob. Durch die Zeugen wurde festgestellt, daß der Angeklagte diese Aeußerungen gemacht hat. Weiter wurde durch Zeugen bewiesen, daß Zander sogar für den Hermanns eingetreten ist, um ihn in seiner Stelle zu halten. In der Begründung des Urteils wurde dieses ausdrücklich hervorgehoben. Der Beklagte wurde zu 6 Mk. Strafe, eventl. zu einem Tage Gefängnis und zu den Kosten verurteilt.

Aachen. In der am 24. abgehaltenen Versammlung der Ausständigen der Firma Crous u. Hoffmann wurde einstimmig beschlossen, den Streik als beendet zu erklären. Die Firma Herz u. Haymann hatte sich verpflichtet: 1) An keinen ihrer Arbeiter mehr das Ansinnen zu stellen, im Betriebe von Crous u. Hoffmann zu arbeiten, 2) keine „Arbeitswilligen“ mehr für den Betrieb von Crous u. Hoffmann anzunehmen und 3) bis längstens Ende Dezember ihre Arbeit dem Betriebe von Crous u. Hoffmann ganz zu entziehen. Vor und nach hatten sich außer dem Meister und dem Fuhrmann acht Arbeitswillige eingefunden, so daß ein Drittel der Stühle in Betrieb war. Die Firma Herz u. Haymann hat bereits eine Anzahl Ketten ausgelegt, so daß der Betrieb nach Ansicht der Weber bis zum 15. Dezember eingehen wird. Herr Hoffmann teilte den Ausständigen mit, daß er, wenn er Arbeiten bekäme, die Ausständigen wider alle einstellen würde. Von den „Arbeitswilligen“ will er keinen mehr beschäftigen, selbst „den Arbeitswilligen“ nicht, wegen dessen der Ausstand nach 14tägiger Dauer weiter geführt wurde. Herr Hoffmann wird sich täuschen, denn 1) ist die jetzige Konjunktur nicht vom besten, und 2) werden die Fabrikanten, die noch Arbeiten in Lohn weben lassen, sich erst gründlich bedenken,

ob sie einer Lohnweberei Arbeit geben, die ihnen indirekt Konkurrenz gemacht hat. Auch die Organisation wird dem Herrn Hoffmann zu liebe nicht die Ausständigen fein aufbewahren, bis er Arbeit erhält und ihrer bedarf. Die Firma Crous u. Hoffmann hat sich selbst in eine sehr bedenkliche Lage gebracht, denn wenn sie wirklich Arbeit bekäme, fehlen ihr die Weber. Solch tüchtige Weber, wie sie vor dem Streik hatte, wird sie sobald nicht mehr bekommen. Die Ausständigen haben in den Hauptpunkten gesiegt, indem sie die Durchbrechung des Minimaltarifs verhinderten, in dem zweiten Punkte, Entlassung der „Arbeitswilligen", sind sie unterlegen, da es der Firma gelungen, solche „Aucharbeiter" heranzuziehen, trotz der scharfen Kontrolle. Die Ausständigen haben bereits wieder alle Arbeit gefunden, dagegen wird den „Arbeitswilligen" nichts anderes übrig bleiben, als ihre frühere Beschäftigung wieder aufzunehmen, im Winter als Wolkenschieber und im Sommer als Schneeschaufler. Die Ausstandigen haben im Interesse der Gesamtheit gekämpft, sie standen am Ende des Kampfes noch so einmütig beisammen wie bei Beginn desselben und gebührt ihnen deshalb die Achtung sämtlicher Kollegen.

Ahaus (Westf.). In der Westfälischen Jute-Spinnerei und Weberei hierselbst herrschen zur Zeit traurige Lohnverhältnisse. Obwohl der Geschäftsgang als sehr gut bezeichnet werden muß, — die Firma ist schon jetzt mit Aufträgen bis Juni versehen, — verdienen die Weber nicht mehr wie 1,80 bis 2,00 Mk. pro Tag. Bei der letzten Lohnzahlung erhielten fleißige Weber 5—6 Mk. ausgezahlt. Um sich über die traurigen Verhältnisse einmal auszusprechen, hielten die Arbeiter der Fabrik am Freitag abend eine Fabrikbesprechung ab. Es waren mehr als 300 Arbeiter und Arbeiterinnen erschienen. Kollege Lensing-Bocholt, der gerade in Ahaus anwesend war, nahm auch an der Besprechung teil. So weit ging alles gut. „Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten und das Unglück schreitet schnell." Kaum hatte Kollege Lensing einige Worte über den Wert regelmäßiger Fabrikversammlungen gesprochen, da erschien der Herr Stadtsekretär Gorissen in Begleitung des Polizeidieners und erklärte der staunenden Versammlung, es würden politische Sachen verhandelt. Er müsse die Versammlung, da sie nicht polizeilich angemeldet sei, auflösen. Nachdem Kollege Lensing die Anwesenden aufgefordert hatte, ruhig das Lokal zu verlassen, aber zu einer späteren Versammlung geschlossen wieder zu erscheinen, verließen die Arbeiter das Lokal. Der guten Sache der Arbeiterschaft kann die Auflösung der Versammlung nicht schaden. Durch dieselbe ist erst die rechte Stimmung unter die Arbeiter gekommen. Dieses zeigte sich schon in den Neumeldungen zum Verbande, die noch an demselben Abend stattfanden. Unseren Kollegen aber rufen wir zu: „Treu zusammen gehalten im Verband, dann ist die Zukunft unser, trotz alledem!"

Aurath. Bei der Firma Lange sind Lohndifferenzen ausgebrochen, die schon so weit gediehen sind, daß sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen am 22. November die Kündigung einreichten. Von seiten des Bezirksvorsitzenden Pesch wurden im Januar 1902 die Löhne mit der Firma geregelt und vereinbart, welche jedoch von der Firma nicht eingehalten, sondern bedeutend gekürzt wurden. Da nun die Firma auf einzelne Artikel noch nicht die Hälfte der Krefelder Löhne zahlt und bei Muster von 4 und 5 Zentimeter anstatt Stundenlohn doppelten Lohn zahlte, so sahen sich die Arbeiter genötigt, vor drei Monaten beim Herrn Lange vorstellig zu werden, um dieses auf friedlichem Wege zu regeln. Der Prinzipal erkannte die Wünsche der Arbeiter als gerecht an und versprach, dieses mit dem Arbeiterausschuß zu ordnen, welches bis heute aber noch nicht geschah. In einer Belegschaftsversammlung, wo das Bezirksvorstandsmitglied Arnold Dickmann aus St. Tönis zugegen war, wurden folgende Forderungen aufgestellt: 1) Aushängen einer Lohnliste; 2) 20% Lohnerhöhung auf sämtliche Werke, Stickschuß nach Grundschuß berechnet; 3) Erhöhung des Tagelohnes für männliche Arbeiter von 2,50 Mk. auf 3,50 Mk., für weibliche von 2,40 Mk. auf 3 Mk.; 4) Werke mit mehr als einem Baum für jeden weiteren Baum 2 Pfg. mehr. Ferner für Winderinnen, Scheererinnen und Pflücker wurde eine Aufbesserung des Lohnes gefordert; 5) alle Wochen Löhnung statt alle 14 Tage. Der Fabrikausschuß unterbreitete diese Forderungen im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand unseres Verbandes der Firma. Letztere erklärte auf die Forderungen nicht eingehen zu wollen. Unter Leitung des Bezirksvorsitzenden Pesch-Krefeld fand nun im Lokale Toups wieder eine Versammlung der Belegschaft statt, welche beschloß, an den gestellten Forderungen festzuhalten und in den Ausstand zu treten, falls sich die Firma nicht entgegenkommend zeige. Die Weber und Weberinnen sowie Winderinnen und Scheererinnen reichten am Dienstag, den 22. Nov., einstimmig die Kündigung ein. Am selben Tage kündigte die Firma sämtlichen Hülfs- und Nebenarbeitern. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind fast sämtlich organisiert im Zentralverband christlicher Textilarbeiter und sehen in Ruhe der Dinge entgegen.

Brand. Unsere Mitgliederversammlung am 13. Nov. war ziemlich gut besucht. Kollege Sance machte bekannt, daß unser zweiter Vorsitzender A. Hamacher verzogen sei. Darauf erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Einer der Revisoren erklärte, alles in bester Ordnung befunden zu haben, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Ferner machte der Vorsitzende bekannt, daß der Ueberschuß vom Ausfluge 48,90 Mk. betrage, und wurde dem Antrage des Vorstandes stattgegeben, dem Agitationsfonds 25 Mk. zu überweisen. Der Rest soll für spätere Veranstaltungen zurückgelegt werden. Jetzt erhielt Kollege Klüttgen als Referent das Wort zu dem Thema: Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit. Derselbe entledigte sich dieser Aufgabe nach jeder Hinsicht zur vollsten Zufriedenheit der Anwesenden. Da keiner sich zur Diskussion meldete, erhielt der Referent das Schlußwort. Derselbe bat die Mitglieder nochmals dringend, auf Verkürzung der Arbeitszeit zu dringen, dann aber auch die Ruhepausen streng einzuhalten. Der Vorsitzende machte die Anwesenden schon aufmerksam auf die in nächster Zeit stattfindende Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung.

Coesfeld. Die Arbeiter der Firma Kolk u. Cie. waren bis vor ganz kurzer Zeit zum größten Teile unorganisiert. Die Folge waren Lohnreduktionen. Als nun vor einigen Wochen wieder eine Lohnregulierung nach unten vorgenommen, wobei auf eine Warengattung 25 Pfg. abgezogen war, sahen die Arbeiter ein, daß das Unorganisiertsein doch vor Schaden nicht bewahre. Sie beriefen eine Fabrikversammlung ein, in welcher sich die meisten bereit erklärten, den hier inbetracht kommenden Verbänden beizutreten. Zum größten Teil in den christlichen Verband, zum kleineren Teil in den freien Verband. Dann wurde ein Ausschuß gewählt, bestehend aus vier Mann, welcher im Namen der Belegschaft bei Herrn Kolk vorstellig werden sollte. Dieser solle dann auch an das Versprechen erinnert werden, welches er im vorigen Herbst dem Bezirksvorsitzenden gegeben, nämlich bei besserer Konjunktur die Löhne wieder aufzubessern. Statt dessen seien diese noch mehr heruntergedrückt. Herr Kolk lehnte es zwar ab, mit vier Mann zu verhandeln, wohl wolle er dieses mit ein oder zwei Mann tun. Nach etwa 14 Tagen fand wiederum eine Fabrikversammlung statt, in welcher den Arbeitern mitgeteilt wurde, daß Herr Kolk die Beschwerde der Arbeiter berechtigt gefunden habe und auf einige Waren eine nicht unerhebliche Lohnerhöhung stattfinde. Mit Dank wurde von den Arbeitern dieses Entgegenkommen begrüßt, zugleich aber auch bemerkt, daß auch noch auf einige andere Waren eine Lohnerhöhung stattfinden möge. Dieses vorzutragen, wurden wieder zwei Kollegen gewählt. Es solle aber auch dahin gewirkt werden, daß das Verteilen der Ketten etwas korrekter vorgenommen würde. Nicht daß die am bestgelohnten Arbeiten dem Einen immer, dem Andern gar nicht zugeteilt werden. Auch solle man versuchen, wie es auch in Coesfeld schon in einigen Fabriken eingeführt ist, daß Samstags 5½ Uhr Schluß ist. Wir hoffen, daß auch hiermit die Arbeiter Erfolg haben. Angesichts solcher Tatsachen ist es unbegreiflich, wie es in dem Betriebe noch Arbeiter geben kann, die sich nicht organisieren wollen. Sollte dieses wirklich Mangel an Solidarität sein, oder sollte es nicht aus Spekulationen geschehen. Ob dieselben nicht einsehen, daß ihre Mitarbeiter keine Achtung vor solchen haben können, die wohl ernten wollen, wo sie nicht säen. Soviel für heute.

Dülken. Unsere letzte Mitgliederversammlung war in gewohnter Weise besucht. Der erste Punkt der Tagesordnung, Rechnungsablage, konnte nicht erledigt werden, weil der Kassierer erkrankt war. Dafür wurde das Fördererwesen erschöpfend besprochen und rege diskutiert. Es wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die heutige Mitgliederversammlung beschloß folgende Forderung zu stellen: Die Prozenten für die Ortsgruppe zu erhöhen, um eine regere Agitation in derselben zu entfalten und so mehr Mitglieder zu gewinnen. Die Förderer wären dann gewillt, für weniger Prozente die Zeitung zu besorgen."

Der Vorsitzende teilte dann mit, daß er im Laufe des Winters folgende Vorträge halten wolle: über das Krankenkassen-, Unfall- und Invalidengesetz, ferner über Haftpflichtgesetz und den gewerblichen Arbeitsvertrag. Der Vortrag über das Krankenkassengesetz, so beschloß die Versammlung, solle schon am nächsten Sonntag, morgens 10 Uhr im Lokale Müskes, Schulstraße, in einer öffentlichen Versammlung gehalten werden, welches durch Laufzettel bekannt zu machen sei. Wir hoffen, daß unsere Mitglieder auch am Sonntag, den 4. Dez., morgens 10 Uhr recht zahlreich zur Stelle sind im Lokale Müskes, Schulstraße.

Erzingen (Baden). In unserer letzten Versammlung, die am 13. Nov. abgehalten wurde, referierte Kollege Paul Gießler aus Freiburg über das Thema: „Warum organisieren sich die Arbeiter?" Redner wies in ausgezeichneter Weise die Notwendigkeit der Organisation nach. Er forderte alle zur regen Mitarbeit auf, damit die große Masse der Unorganisierten zu ihrem eigenen Wohle aufgerüttelt würden und sich uns anschlössen. In der nun folgenden Diskussion kritisierten die Kollegen Döbele, Zahner und Strittmatter die Verhältnisse hier am Orte im Sinne des Referats, und wurde darauf die Versammlung geschlossen.

Forst i. L. Unsere Ortsgruppe hielt am 16. Nov. eine Versammlung ab, die dadurch ein außergewöhnliches Gepräge erhielt, daß der Zentralvorsitzende unseres Verbandes das Referat übernommen hatte. Das Erscheinen desselben wurde von den Forster Kollegen freudig begrüßt. Die Versammlung, zu der alle Freunde und Förderer der christlichen Gewerkschaft eingeladen waren, war gut besucht. In seiner Einleitung forderte der Vorsitzende, Kollege Negerle, zur regen Mitarbeit für die Bestrebungen der Organisation auf. Zentralvorsitzender Schiffer sprach in 1½stündigem Referat über Zweck und Ziel der christlichen Gewerkschaften sowie über die kulturelle Bedeutung derselben. Reicher Beifall wurde seinen Ausführungen zuteil. Volle Redefreiheit war den Diskussionsrednern zugesichert worden. Als erster Redner sprach Herr Segenschmitter, Vorsitzender der Hirsch-Dunckerschen Richtung, die hier in Forst stark vertreten ist. Mit dem Referat erklärte er sich einigermaßen einverstanden; jedoch habe er die Behandlung der Frauenarbeit, die hier zu 60% in der Textilindustrie vertreten, vermißt. Auch könnte er nicht verstehen, warum die Gewerkschaft auf christlicher Grundlage errichtet werden soll. Eine solche sei nur Zentrumsmache. Eine Gewerkschaft müsse in politischer und religiöser Hinsicht neutral sein. Sodann hob er die Unterstützungseinrichtungen besonders hervor, die im Hirsch Dunckerschen Gewerkverein beständen, und lobte diese über den grünen Klee. Unser Kollege Hoke führte demgegenüber an, wie es käme, daß die Entwickelung der Hirsch-Duncker eine so schwache sei, wenn ihre Gewerkschaft den Arbeiter vor allen Eventualitäten so gut zu schützen imstande sei. Seit 1868 auf dem Plan, habe man nur gut 100 000 Mitglieder gewonnen. Das beweise doch deutlich, daß diese Gewerkschaft nicht das sei, was sie sein soll. Die Zügel habe man sich von den „freien" Gewerkschaften entreißen lassen. Auf dem nationalen Arbeiterkongreß in Frankfurt seien die Hirsch-Duncker nicht mit dabei gewesen. Die Neigung zum Freisinn und zur Sozialdemokratie sei bei den Hirsch-Dunckern vielfach zu finden. Redner verurteilte dann noch die Bestrebungen der Berliner Richtung, katholische Gewerkschaften zu gründen. Im gleichen Sinne sprach Kollege Schulze. Zentralvorsitzender Schiffer zerpflückte die Ausführungen des Herrn Segenschmitter und widerlegte dieselben in schlagfertigster Weise. Scharf verurteilte er auch die Arbeit der Berliner Richtung. Er forderte zur regen Mitarbeit für die christliche Gewerkschaftsbewegung auf. Der Vorsitzende unterstützte diese Ausführungen und schloß hierauf die Versammlung.

M.-Gladbach. Wie schon in der vorigen Nummer berichtet wurde, reichten die Weber der Firma Becker u. Neuenhofer, G. m. b. H., die Kündigung ein. Diese Angelegenheit erzeugte nun Begleiterscheinungen, die für manche, besonders für Arbeiterinnen, sehr lehrreich sind. Es ist eine Tatsache, daß in einer Fabrik die Arbeiten einzelner Abteilungen mit anderen ineinandergreifen, so auch in den Weberei. Wenn eine Abteilung feiert, so wird in der Regel die eine oder andere in Mitleidenschaft gezogen, weil entweder die Vorräte alle geworden, oder anderseits man nur soviel auf Vorrat arbeiten kann, wie die Einrichtung des Betriebes es gestattet. (Leere Hülsen, Spulen, Bäume usw.) So war es auch bei obiger Firma. Diese übersah die Situation insoweit, als sie bei einem eventl. Ausstande der Weber die Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen nicht voll beschäftigen konnte, weil das Vorhandene rasch auf resp. voll gearbeitet war. Aus diesem Grunde stellte sie nun an diese Arbeiter das Ansinnen, ein Schriftstück zu unterzeichnen, wonach sie sich, ohne jedweden Anspruch auf Entschädigung zu haben, mit einer Arbeitszeit von 1½—2 Stunden täglich einverstanden erklärten. Vier Arbeiterinnen, die diesem Ansinnen nicht entsprachen, wurden von der Firma gekündigt.

Hieraus können noch recht viele ersehen — besonders aber die Arbeiterinnen, — daß sie heute auf ein Wohlwollen der Arbeitgeber nicht mehr zu rechnen brauchen, denn dieses geht in der Regel nur so weit, als man vermeint, einen Vorteil zu erreichen. Was kann es einer Arbeiterin nützen, wenn sie täglich 1—2 Stunden in der hiesigen Industrie beschäftigt wird? Sie verdient zu viel zum sterben und zu wenig, auch nur ganz notdürftig zu leben. Denn von 20—50 Pfg. ist keiner imstande, seinen Lebensunterhalt im entferntesten bestreiten zu können. Es tritt hier so recht klar die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiterinnen zutage, denn diejenigen Arbeiterinnen, die dem Verbande angehörten, brauchten sich so etwas nicht bieten zu lassen, sie konnten das an sie gestellte Ansinnen mit Entschiedenheit zurückweisen, ohne Gefahr zu laufen, in Not zu geraten. Darum, Ihr Arbeiterinnen, alle dem Verband christlicher Textilarbeiter Deutschlands beigetreten! Helft Euch selbst und verhütet, daß Ihr durch Eure Gleichgültigkeit in eine ähnliche Lage geratet, wie hier die unorganisierten Arbeiterinnen.

M.-Gladbach. Mit den Verhältnissen bei der Firma Hertmann u. Deußen beschäftigte sich am 10. d. M. eine Versammlung. Dieselbe war einberufen worden, um die Unorganisierten auf das Verkehrte ihrer Handlungsweise hinzuweisen und die Zustände der Fabrik einer Besprechung zu unterziehen. Ferner war noch hinzugekommen, daß die Firma Samstags vorher zwei Mitgliedern unseres Verbandes gekündigt hatte. Es lag nun klar (und in der Versammlung konnte keiner der Anwesenden etwas Nachteiliges über die Kollegen aussagen), daß der Grund der Kündigung in der Agitation für die Versammlung zu suchen sei. Nachdem nun die Lage der Arbeiter besprochen und verschiedene Mißstände festgestellt waren, welche man abzustellen bestrebt war, wurden die Organisationsvertreter beauftragt, bei der Firma vorstellig zu werden. Eine Unterredung, die einige Tage später mit den Inhabern der Firma, zu welcher auch noch vier Arbeiter zugezogen wurden, stattfand, ergab ein teilweise anderes Bild, wie man es nach der Versammlung hätte erwarten sollen. Hieran mögen zum teil die Unorganisierten Schuld sein, die nicht auf der Versammlung waren, aber von denjenigen Kollegen, welche derselben beigewohnt, hätte man nach den erfolgten Ausführungen und Abstimmungen doch etwas anders erwarten dürfen. Man soll auch auf einer Versammlung den Mut haben, für seine Ansicht einzutreten, damit die Vertreter der Organisation sich auch ein Bild machen können, wie es in Wirklichkeit mit der Stimmung unter den Arbeitern bestellt ist. Sonderbarerweise wurde auf der Versammlung entschieden gegen das Ueberarbeiten Stellung genommen, und nachher konnte man die Wahrnehmung machen, als die Firma wieder mit Ueberarbeit an die Arbeiter herantrat, sie zu leisten ihnen aber freistellte, daß, von winzigen Ausnahmen abgesehen, wieder lustig darauf los geschafft wurde, und zwar bis abends 9 Uhr. Bezüglich der beiden Gekündigten wollte die Firma den Vertretern glauben machen, daß diese deshalb gekündigt seien, weil sie durchschnittlich nur drei Mk. pro Tag verdient hätten. Andererseits gab sie aber auch zu, daß noch andere Gründe sie zu der Kündigung bewogen hätten, wobei man von unzufriedenen Arbeitern sprach. Diese „Unzufriedenheit" ist ja jedem organisierten Arbeiter bekannt, besonders, da es in vielen Fabriken heißt: Dem es hier nicht gefällt, der kann gehen. Als sicher ist anzunehmen, daß, wenn die Kollegen mit allem zufrieden gewesen wären, von seiten der Firma eine Kündigung nicht erfolgt wäre, und haben dieselben wahrscheinlich als Einschüchterungsmittel dienen sollen. Soviel aber steht fest, daß, wenn die Firma mit einer, bis auf den letzten Mann organisierten Belegschaft zu rechnen gehabt hätte, sie sich nicht herausgenommen hätte, die Arbeiter unter den obwaltenden Umständen zu kündigen. Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß die Verhandlungen doch nicht ganz ohne Erfolg für die Arbeiter gewesen sind, denn es ist von der Firma wieder zugestanden worden, daß die Arbeiter statt bisher fünf Minuten, jetzt wieder zehn Minuten ohne Strafe morgens und mittags später kommen können. Andererseits wurde auch von der Firma eingeräumt, daß sich die Arbeiter wieder einen Ausschuß wählen könnten. Zum letzteren Punkte liegt es nun im Interesse der Arbeiter, dafür zu sorgen, daß dieses zur Ausführung gebracht wird, und die Arbeiter durch Anschluß an die Organisation dem Ausschusse den Rücken stärken, damit er ohne Furcht die berechtigten Interessen der Arbeiter wahrnehmen und vertreten kann.

M.-Gladbach, den 28. Nov. Die Lohndifferenzen in der Firma Becker u. Neuenhofer sind am Samstag durch gegenseitiges Entgegenkommen zugunsten der Arbeiter von dem Ausschusse der Firma geschlichtet worden.

M.-Gladbach. Die Weber der Firma H. Boetzelen jr. zu M.-Gladbach hatten nach abgelaufener Kündigung am Samstag, den 26. dss. die Arbeit eingestellt. Bei einer heute, Montag, stattgefundenen Verhandlung zeigte die Firma soviel Entgegenkommen, daß die Arbeiter beschlossen, am Dienstag morgen die Arbeit wieder aufzunehmen.

M.-Gladbach. Wie die Arbeiterschaft manchmal Enttäuschungen erfährt; möge man aus einem Falle, der sich in der Firma Severen u. Hansen hierselbst, nach uns zugegangenen Berichten, zugetragen hat, ersehen. Ging dort eines Tages eine Arbeiterin und fragte um Arbeit an; als ihr solche zugesagt wurde, fragte sie, wie viel man wohl verdienen könnte, worauf erwidert wurde: 25—27 Mark in zwei Wochen. Mit einem solchen Verdienste war die Arbeiterin zufrieden und trat die Arbeit an. In der ersten Lohnperiode hatte sie ungefähr 2 Mark pro Tag verdient, meinte nun auch, daß sich dasselbe für die Zukunft noch besser gestalten würde. Hier hatte sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Sie wußte nämlich noch nicht, daß sie in der ersten Lohnperiode mit günstigen Arbeiten bedacht worden war, sollte vielmehr erfahren, daß es noch ungünstigere Arbeiten gibt, d. h. solche, wo man bei der größten Anstrengung im Akkord nicht auf Verdienst kommen kann. Sie brachte es in zwei Wochen auf sage und schreibe fünfzehn Mark 54 Pfg., wozu nach längerem Verhandeln eine Vergütung von 1,90 Mk. gewährt wurde, sodaß auf den Arbeitstag ein Verdienst von einer Mark 42 Pfg. entfiel. Ein Antrag der Arbeiterin, ihr wegen der mißlichen Lohnverhältnisse den Austritt aus dem Arbeitsverhältnisse zu gestatten, wurde von der Firma abgelehnt, dieselbe bestand auf Kündigung. Bei dieser Gelegenheit wurde die Arbeiterin zum Nachdenken angeregt, und sie sah in ihrem Lohnbuche, welches früher von einer anderen Arbeiterin als solches benutzt worden war, mal nach, was diese denn wohl verdient habe. Hierdurch wurden ihr aber die Augen geöffnet. Diese, ein Mädchen von 18—20 Jahren, hatte in acht Lohnperioden zu je zwei Wochen, zusammen 130,11 Mark ausbezahlt erhalten, was einem wöchentlichen Einkommen von acht Mark 13 Pfg. entspricht. Man ersieht hieraus wieder, daß es im gewerblichen Leben noch viel zu bessern gibt. Die Arbeiterinnen sollten aus diesem Beispiel ersehen, wie hülfslos sie einzeln den Fabrikanten gegenüberstehen, und nur im Zusammenschluß ein Verbesserungsmittel erblickt werden kann. Tretet deshalb alle dem Verbande christlicher Textilarbeiter Deutschlands bei.

Hannover-Linden. In der am 17. Nov. stattgehabten Versammlung hielt der Kollege Werner, vom christl. Verband der Bauhilfsarbeiter, einen Vortrag über: „Die Gegner der christl. Gewerkschaften." Es gibt deren viele. Die Arbeitgeber haben s. Z. die Gründung der christl. Gewerkvereine begrüßt. Als aber auch diese Forderungen stellten auf höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit, humane Behandlung usw., da war es mit der Freundschaft aus, und heute werden sie ebenso bekämpft wie die sozialdem. Gewerkschaften. Auch die Behörde mache an verschiedenen Orten unserer Gewerkschaft große Schwierigkeiten. Daß wir von der Sozialdemokratie und den „freien" Gewerkschaften mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln bekämpft würden, hätten die Gründer vorhergesagt. Alle diese Gegner sind aber, wenn wir sie auch nicht unterschätzen wollen, nicht so schlimm, als der Indifferentismus, der viel zu viel bei unseren christlichen Arbeitern herrscht. Wäre dieser Gegner überwunden, dann würde die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung davon profitieren. Man wolle aber keine Opfer bringen. Für alles mögliche habe man Geld und Zeit, nur nicht für die Organisation. Man wolle wohl ernten, aber nicht säen. Ohne Opfer gehe es aber nicht. Auch die bürgerliche Presse unterstütze unsere Sache mit wenigen Ausnahmen garnicht. Auch dieses sollten sich die Arbeiter besonders merken. Man möge allerwärts für unsere gerechte Sache eintreten, dies sei besonders die Aufgabe der Mitglieder. An den Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion. In seinem Schlußwort forderte der Referent nochmals alle zu reger Agitation auf, damit die Ortsgruppe immer mehr erstarke. Weil unsere Mitglieder sehr zerstreut wohnen, wurde noch ein Vertrauensmann hinzugewählt. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Kolbermoor. Am Sonntag, den 13. Nov. fand hier die erste Mitgliederversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Nachdem Kollege Stüber die Versammlung eröffnet, ersuchte er den Schriftführer, das Protokoll der zwei letzten größeren Versammlungen, die zwecks Neugründung der Zahlstelle abgehalten wurden, zu verlesen. Nach Verlesung des Protokolls ging Kollege Stüber zum eigentlichen Punkt der Tagesordnung, Statutenberatung, über und erläuterte die wichtigsten Punkte desselben. Hierauf wurde die Diskussion darüber eröffnet. Währenddem beehrten uns die zwei hochw. Herrn Kooperatoren mit ihrem Besuch. Kollege Stüber begrüßte die Herren und dankte ihnen für das Interesse, das sie der Arbeitersache entgegenbringen. Kollege Fromm, Vorstand der hiesigen Zahlstelle des christlichen Keramikarbeiterverbandes, der zur Versammlung eingeladen war, erläuterte hierauf in ausführlicher Weise die wichtigsten Punkte unserer Verbandsstatuten. Nachdem die T.-O. erledigt war, erinnerte Kollege Weber die Mitglieder an den gemeinsamen Warenbezug der hier bestehenden christlichen Organisationen. Hierauf gab Kollege Fromm genauen Aufschluß über den vom Vorredner angeführten Warenbezug und kam des weiteren auf die Vorteile zu sprechen, die in einzelnen Ortsgruppen schon durch diesbezüglichen Unternehmungen erwuchsen. Redner schilderte die Verhältnisse in Gegenden, in denen die Organisation langsam Fuß fasse, gegenüber denen, wo sie schon festen Fuß gefaßt habe und intensiv vorwärts schreite. Der Arbeiterstand, führte Redner aus, muß sich geistig ausbilden, denn „Wissen ist Macht!" Hierauf ermahnte Redner, das Gewerkschaftsblatt fleißig zu studieren und die hiesige Volksbibliothek fleißig zu benutzen. Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten erledigt waren, resp. Kollege Stüber Kollegen Fromm gedankt hatte für seine Ausführungen und sich niemand mehr zum Wort meldete, wurde die nächste Versammlung auf den 18. Dezember festgesetzt und darauf die Versammlung geschlossen.

NB. Die Bibliothek befindet sich bei Frau Drechsel (Gemüsehandlung), Rückgebäude.

Osnabrück. In der Versammlung am 16. Nov. hielt Herr Maunier einen Vortrag über Kleinarbeit in der Organisation. Derselbe empfahl besonders die Agitation von Mund zu Mund, ferner die Hausagitation sowie Fabrikver-

sammlungen. An den Vortrag knüpfte sich eine rege Diskussion. Kollege Walhorn bemerkte, daß man hier von Fabrikversammlungen wenig erwarten könne. Hier sei man zu rückständig und zu bange. Die Kollegen seien hier nicht in die Versammlung hineinzubringen. Sodann wurde ein Komitee zur Betreibung der Hausagitation gebildet. Es wurden gewählt die Kollegen Münnich, Twiehoff und Walhorn. Als Vertrauensmann wurde Kollege Twiehoff gewählt. Zum dritten Kartelldelegierten wurde ebenfalls Twiehoff gewählt. Zum Schlusse sprach Kollege Walhorn über die geistige Bildung. Es sollten die Kollegen doch das Organ besser lesen und Artikel aus demselben zur Diskussion bringen. In den Fabriken sei man zu feige, sich offen als Gewerkschaftler zu bekennen. Hier gerade sei die beste Gelegenheit, für den Verband zu agitieren, durch Belehrung der Arbeitskollegen.

Rhede. Von nicht weniger als ca. 400 Personen war die am 20. Nov. im Hengstermannschen Saale abgehaltene Gewerkschaftsversammlung besucht. Leiter derselben war Kollege Friehling-Rhede. Als erster Redner trat Gewerkschaftssekretär Eckrath-Oberhausen auf. Redner vertrat die Forderung des Zusammenschlusses aller Arbeiter in christlichen Gewerkschaften. Von 17 Millionen Arbeiter seien nur höchstens ⅙ organisiert. Ueber das dem Arbeiter im Gegensatz zu anderen Ständen vorenthaltene Koalitionsrecht sprach Kollege Röhling-Düsseldorf. Auf diesem Gebiete hätte die Arbeiterschaft viel mehr erreicht, wenn sie nicht mit dem Indifferentismus im eigenen Lager zu kämpfen hätte. Ferner muß die Arbeiterbewegung Arbeitskammern und Arbeitsverträge fordern. Im Gegensatze zu den „freien" Gewerkschaften leisten die christlichen Organisationen für ihre Angehörigen praktische Arbeit, keine Zukunftsmusik. Der Vorwurf, daß die christlichen Gewerkschaften einen Kampf gegen die Unternehmer als solche führen, sollte nun endlich verstummen. An die Referate, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden, schloß sich eine anregende Diskussion, die sich hauptsächlich damit beschäftigte, die indifferenten Arbeiter in ihrer Interessenlosigkeit an dem politisch-wirtschaftlichen Leben zur Rede zu stellen.

Sorau. Am 17. November fand hier eine öffentliche Versammlung statt. In derselben referierte Zentralvorsitzender Schiffer. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der darauf folgenden Diskussion erregte es große Heiterkeit, als die Genossen vom „freien" Verband den Saal verließen, obwohl ihnen volle Diskussionsfreiheit gewährt wurde. Nachdem mehrere Kollegen ihren Beitritt erklärt hatten, wurde die Versammlung geschlossen. Sache der hiesigen Kollegen wird nun sein, dahin zu streben, daß auch hier bald bessere Zustände eintreten, und dieses kann nur geschehen, wenn wir alle Kollegen für unsere Organisation zu gewinnen suchen. Darum, Kollegen, beherzigen wir die Worte: Vorwärts immer! Rückwärts nimmer!

Waldhausen. Am Samstag, den 13. Nov. fand im Lokale des Herrn Joh. v. d. Burg eine ziemlich gut besuchte Versammlung statt. Bei Eröffnung wurde des verstorbenen Mitgliedes J. Pardon und des Ehrenmitgliedes J. Lennartz durch Erheben von den Sitzen gedacht. Darauf wurde der Geschäfts- und Kassenbericht vom dritten Quartal erstattet. Im letzten Quartal hat die Mitgliederzahl um 30 zugenommen. Der Kassenbericht wurde von den Revisoren für richtig befunden und danach dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf hielt der Bezirksvorsitzende Hermes einen lehrreichen Vortrag über Arbeiterausschüsse, dem zu entnehmen war, daß in vielen Fällen die Arbeiterausschüsse von den Fabrikanten nicht anerkannt, oder die Mitglieder als Hetzer angesehen würden. Es sei Pflicht der Arbeiter, dafür Sorge zu tragen, daß in sämtlichen Betrieben Arbeiterausschüsse eingeführt würden. Hierzu soll man aber nur die intelligentesten Männer wählen, welche auch imstande seien, die Interessen der Arbeiter nach jeder Richtung hin zu vertreten. Eine Notwendigkeit sei es, daß die Arbeiter diese Ausschüsse in finanzieller und materieller Hinsicht unterstützten durch Errichtung von Extrakassen, woraus dieselben für die im Interesse der Arbeiter verwendete Zeit entschädigt würden, und die Arbeiter dem Ausschuß immer im Rücken stehen. An diesem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion. Der Vorsitzende machte bekannt, daß im Januar ein Familienfest stattfinden soll, welches mit Freude begrüßt wurde. Hierzu wurde eine Kommission von drei Mann gewählt, welche mit dem Vorstand die Sache vorbereiten soll. Die Mitglieder wurden noch gebeten, den neu eingerichteten Unterrichtskursus zu besuchen, da es im Interesse jedes einzelnen liege, sich über alle Arbeiterfragen belehren zu lassen.

NB. Es wäre zu wünschen, daß die Mitglieder noch besser an den Versammlungen teilnähmen, da doch Vorträge gehalten werden, welche so interessant und lehrreich sind, daß es sich eines Besuches derselben lohnt.

Würselen. Der Vorsitzende, Kollege Roberburg, eröffnete die Generalversammlung mit dem christl. Gruße und erteilte zunächst das Wort dem Schriftführer zur Verlesung des Protokolls, welches genehmigt wurde. Sodann erstattete der Kassierer den Bericht über die Ein- und Ausgaben des dritten Quartals. Ueber die Kassenrevision berichttete Kollege Moll, alles sei in bester Ordnung befunden worden, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Dann berichtete Kollege Schümmer über die Ein- und Ausgaben der Krankengeldzuschußkasse. Auch dieser Bericht wurde für richtig befunden. Auf der Tagesordnung stand ferner: Vortrag über Alters- und Invaliden-Versicherung. Dieser Punkt wurde in anbetracht des folgenden, wichtigeren Punktes von der Tagesordnung abgesetzt. Der Vorsitzende verbreitete sich dann in längeren Ausführungen über die Wichtigkeit des neuen Statutentwurfs und hob besonders hervor, daß das Statut einer Neuregelung bedürftig gewesen wäre. Da die Zeit schon ziemlich vorgeschritten war, wurde die Beratung des Statuts bis Sonntag, den 13. November vertagt. Ferner wurden unter Verschiedenes noch einige interne Angelegenheiten besprochen. Sodann schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Briefkasten.

Die Kollegen werden gebeten, die Briefe stets genügend zu frankieren, um Strafporto zu vermeiden. **Die Redaktion.**

Versammlungskalender.

Aurath. Sonntag, 4. Dezember, Vertrauensmännerversammlung beim Kassierer Heinrich Engelen, Kurzestraße.

Bocholt. Sonntag, 4. Dez., vorm. 11¼ Uhr, bei Witwe Imping Vertrauensmännerversammlung.

Bocholt. Sonntag, 4. Dez., nachm. 4½ Uhr, in der Rotenburg, große öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Referenten: C. M. Schiffer-Düsseldorf und Frl. Fanny Imle-M.-Gladbach. Alle Kollegen erscheinen, Unorganisierte mitbringen.

Bocholt. (Arbeitervertreterverein.) Mariä Empfängnis, 8. Dez., vorm. 11¼ Uhr, im Lokale der Witwe Imping, Versammlung und Empfang der Beiträge.

Borghorst. Sonntag, 4. Dez., vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Franz Dwersteg, Vertrauensmännerversammlung. Niemand darf fehlen.

Borghorst. Sonntag, 11. Dez., vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Franz Dwersteg, Mitgliederversammlung. Referent: Redakteur Zinck-Greven.

Brand. Sonntag, 11. Dez., abends punkt 6 Uhr, im Lokale der Witwe Quadflieg, öffentliche Versammlung für christliche Arbeiter und Arbeiterinnen. Referent: Arbeitersekretär W. Röhling-Düsseldorf. Thema: Die liberale Wirtschaftsordnung und ihre Folgen.

Coesfeld. Sonntag, 4. Dez., vorm. punkt 5 Uhr, im Lokale des kath. Arbeitervereins, große öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Referenten: Schaffrath und Bezirksvorsitzender Camps. Freie Diskussion. Zur Deckung der Kosten 10 Pfg. Entree.

Dinklage. Sonntag, 4. Dez., abends 8 Uhr, im Lokale der Witwe v. d. Wal, Mitgliederversammlung. Thema: Wichtige Beratungen über Arbeits- und Lohnverhältnisse.

Dülmen. Sonntag, 4. Dez., vorm. 11 Uhr, Mitgliederversammlung bei Frau Witwe Kaute. Wichtiges Thema.

Eschweiler. Sonntag, 4. Dez., vorm. 10½ Uhr, im Lokale Marx, Mitgliederversammlung. Referent: Sistenich. Thema: Organisationsbestrebungen.

Eupen. Unser Unterrichtskursus findet Umstände halber Sonntag, 4. Dez., nachm. 2 Uhr statt.

Greven i. Westf. Sonntag, 11. Dez., nachm. 5 Uhr, im Lokale Winninghof, öffentliche Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung. Auswärtiger Referent. Thema: Stellungnahme zur Kartellgründung.

Grefrath. Donnerstag, 8. Dez. (Mariä Empfängnis), nachm. ½6 Uhr, findet im Saale des Herrn Alfons Müllers eine Volksversammlung statt, wozu sämtliche Textilarbeiter und Arbeiterinnen, sowie auch alle Bürger Grefraths eingeladen sind. Als Referenten werden erscheinen: Wilh. Röhling, Ambr. Frank und Frl. Imle, Schriftstellerin. Für die Unkosten werden 10 Pfg. Entree erhoben.

M.-Gladbach-Holt. Sonntag, 11. Dez., vorm. ½11 Uhr, bei Kremer: Bücherwechsel und Besprechung.

Göppingen. Samstag, 3. Dez., abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung.

Gütersloh. Sonntag, 4. Dez., nachm. 5 Uhr, im Lokale des Wirten Pollkläsener, öffentliche Versammlung. Referenten: Wilh. Röhling-Düsseldorf und Frl. Maria Knorr-M.-Gladbach.

Hardt. Sonntag, 4. Dez., abends 6 Uhr, im Lokale Hubert Hallmanns zu Beltinghoven, Unterrichtskursus. Thema: Presse und Arbeiter.

Hardterbroich-Pesch. Samstag, 10. Dez., abends 9½ Uhr, Unterrichtskursus im Gewerkschaftskonsum. Thema: Hitzes Arbeiterfrage: „Mittel und Wege zur Lösung der Arbeiterfrage". Es wird gleicherzeit darauf aufmerksam gemacht, daß der nächstfolgende Unterrichtskursus **Dienstag, 20. Dezember**, abends 9 Uhr stattfindet. Als Thema wird verhandelt: „Aufgaben und Berechtigung der Arbeiterschutzgesetzgebung." Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Hermges-Dahl. Dienstag, 6. Dez., Unterrichtskursus im Jünglingsheim, Römerstraße. Thema: Arbeitskammern.

Ingersheim i. E. Sonntag, 4. Dez., nachm. ½1 Uhr, im Lokale der Wirtschaft Felix Barcell, Monatsversammlung. Statutenbüchlein mitbringen.

Jöllenbeck. Montag, 5. Dez., abends 7¼ Uhr, im Lokale der Witwe Hempelmann zu Jöllenbeck, Arbeiterinnenversammlung. Referent: Kollege Camps und Frl. Knorr. Unorganisierte mitbringen.

Krefeld. Sonntag, 4. Dez., vorm. punkt ½11 Uhr, Vorstandssitzung der sechs Krefelder Ortsgruppen in der „Unitas". T.-O.: Reform des Verbandsstatuts.

Maulburg i. Baden. Sonntag, 4. Dez., nachm. ½4 Uhr, im Lokale Meyerhof (zweiten Stock), Diskussionsnachmittag. Thema: Die christlichen Gewerkschaften und ihre verschiedenen Gegner.

Münster i. E. Sonntag, 4. Dez., nachm. 4 Uhr, im Lokale Martin Kempf, Mitgliederversammlung.

Münster i. W. Sonntag, 4. Dez., vorm. 12 Uhr, im Lokale des Herrn Mühlenhoff, Königsstraße, Mitgliederversammlung.

Neuwerk. Sonntag, 11. Dez., abends 5½ Uhr, im Lokale von Johann Lüpertz, Damm, Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung. Thema: Weihnachtsfeier, Krankengeldzuschuß. Es wird pünktlich angefangen.

Neviges. Samstag, 3. Dez., abends 8 Uhr, Generalversammlung im Saale des Herrn Kimmeskamp. T.-O.: 1) Abrechnung über den gemeinsamen Kartoffelbezug, 2) Verteilung der Gewinnnummern für die Weihnachtsbescheerung. 3) Verschiedenes.

Nordhorn. Montag, 5. Dez., abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn G. Koke, Kriegerhalle, Diskutierabend.

Odenkirchen. Sonntag, 11. Dez., abends 6 Uhr, im Lokale „Zum deutschen Eck", Mitgliederversammlung. Thema: Das liberale Wirtschaftssystem.

Rheydt. Samstag, 10. Dez., abends 8½ Uhr, im Lokale Albert Paffen, Mitgliederversammlung. Thema: Besprechung über die neuen Statuten.

Schiffbeck. Mittwoch, 7. Dez., abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn W. Bohlmann, Mitgliederversammlung.

Schiefbahn. Sonntag, 11. Dez., nachm. 6 Uhr, im Lokale des Herrn H. Kaiser, außerordentliche Mitgliederversammlung. Referent zur Stelle. Freunde können eingeführt werden.

Schwelm. Samstag, 10. Dez., abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung im evang. Vereinshause.

Stoitzheim. Sonntag, 4. Dez., nachm. 4 Uhr, im Lokale Feldgen, öffentliche Versammlung. Referent: Sistenich. Thema: Notwendigkeit der Organisation.

Viersen. Donnerstag, 8. Dez., morgens 11 Uhr, Sitzung der Vorstände der drei Ortsgruppen beim Wirten Kesselburg (Rintgen).

Venn. Sonntag, 4. Dez., abends 6 Uhr, im Lokale Hubert Hallmanns zu Beltinghoven, Unterrichtskursus. Thema: Presse und Arbeiter.

Waldhausen. Donnerstag, 8. Dez., nachm. 2½ Uhr, im Lokale von Witwe Joh. Lennartz, Arbeiterinnenversammlung.
— Dienstag, 6. Dez., abends 8½ Uhr Unterrichtskursus.

Windberg. Donnerstag, 8. Dezember, abends 6 Uhr, im Lokale der Geschw. Pillen Ortsgruppenversammlung.

Windberg. Sonntag, 11. Dez., abends 6 Uhr, im Lokale der Ww. Peter Baues Familienfest, wozu alle Mitglieder nebst ihrer Familie, ihren Freunden und Bekannten eingeladen sind.

Zell i. Wiesental. Sonntag, 4. Dez., nachm. 3 Uhr, im Lokale der Pfefferhütte (zweiten Stock), Mitgliederversammlung.

Bettrath. Gewerkschaftskonsumverein „Glück auf", e. G. m. b. H. Sonntag, den 11. Dez. 1904, nachmittags punkt 6 Uhr, im Lokale des Herrn Lud. Döhmen, Bettrath, Generalversammlung. Tagesordnung: 1) Geschäfts- und Quartalsbericht, 2) Bericht der Revisoren, 3) Gehaltsfrage, 4) Genehmigung der Geschäftsanweisung für den Vorstand, 5) Mitteilungen. Zu dieser Versammlung ladet die Mitglieder nebst deren Frauen hiermit ein

der Aufsichtsrat.

(1,80 Mk.) J. A.: Jak. Geneschen.

Eupen. Sonntag, 11. Dez., abends 7 Uhr, im kath. Jünglingshause, zweiter Volksbildungsabend. Thema: Weltausstellung in St. Louis mit 150 Kolossal-Lichtbildern. Karten zu ermäßigten Preisen für Arbeiter à 20 Pfg., sind in folgenden Depots zu haben: Mk. Radermacher, Rasierer, Haasstraße, Thomas Buchem, Rasierer, Haasstraße, Gewerkschaftskonsum, Friedrich Michel, Bergstraße, M. Inselberger, Aachenerstraße, E. Weber, Klötzerbahn, sowie bei den Vertrauensleuten. Schulpflichtige Kinder haben keinen Zutritt.

(1,80 Mk.) **Der Vorstand.**

M.-Gladbach-Eicken. Gewerkschaftskonsumverein „Zukunft", e. G. m. b. H. Samstag, den 10. Dez., abends 8¼ Uhr, im Lokale des Herrn Sever. Reuners, Eickenerstr., Generalversammlung. Tagesordnung: 1) Quartals- und Rechnungs-Prüfungs-Kommissions-Bericht, 2) Antrag auf Gehaltserhöhung, 3) Verschiedenes. **Der Aufsichtsrat.**

J. A.: Chr. Krechel, Vorsitzender.

Sonntag, den 11. Dez., nachm. 3½ Uhr, im Lokale des Herrn Chr. Grotes, Alstr., Frauenversammlung mit Kaffee. Tagesordnung: 1) Vortrag über Genossenschaftswesen. Referentin: Frl. Fanny Imle. 2) Verschiedenes. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht **der Vorstand und Aufsichtsrat.**

J. A.: Chr. Krechel.

NB. Karten zu dieser Versammlung werden im Geschäftslokale verabreicht. (3,— Mk.)

Hardt. Gewerkschaftskonsumverein „Einigkeit", e. G. m. b. H. Samstag, den 3. Dez., ½9 Uhr abends findet im Lokale der Geschw. Pillen Generalversammlung statt. Tagesordnung im Lokale.

NB. Es wird hierdurch noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß laut Beschluß der vorletzten Generalversammlung das unentschuldigte Fehlen der Mitglieder 25 Pfg. Strafe nach sich zieht.

Der Aufsichtsrat.

(1,80 Mk.) Aug. Reiners, Vorsitzender.

Lobberich. Gewerkschafts-Konsumverein „Eintracht", e. G. m. b. H. Am Sonntag, den 11. Dezember, nachmittags 5 Uhr, findet im Lokale der Geschw. Janders eine außerordentliche Generalversammlung statt, wozu die Mitglieder mit den Frauen freundlichst eingeladen werden. Tagesordnung am Platze.

Der Vorstand:

(1.40 Mk.) J. A.: Gerh. Glasmachers, Schriftführer.

An die Ortsgruppenvorstände des I. Verbandsbezirks.

Es werden bei dieser Nummer unseres Textilarbeiters jeder Ortsgruppe eine kleine Zahl Fragebogen übersandt werden. Ich bitte die Ortsgruppenvorstände, diese Fragebogen an ihnen geeignet erscheinende Personen auszugeben und mir diese Bogen so schnell wie möglich **ausgefüllt** wieder einzusenden.

Mit kolleg. Gruß! **Jakob Pesch.**

Für den **Agitationsfonds** eingegangen:

Aus Brand	25.—	Mk.
„ „	1.50	„
„ Walheim	7.40	„
	33.90	„
Früher	1275.82	„
Summa	1309.72	„

Düsseldorf, den 27. Nov. 1904.

J. V.: Heinrich Schaffrath.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Arnold Büschkes in Krefeld.
Bernhard Dressen in Düren.
Joseph Sommer in M.-Gladbach-Dahl.
Jakob Hoeren in Schiefbahn.
Therese Dohmesen in Viersen I.

Ehre ihrem Andenken!

Todes-Anzeige.

Heute starb nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden, unser treues Mitglied und Mitgründer der hiesigen Ortsgruppe, sowie des Konsumvereins Eintracht,

Jakob Hoeren.

Durch sein treues und eifriges Bemühen hat er sich die Liebe und Anhänglichkeit seiner Kollegen im höchsten Maße erworben. Wir werden ihm stets ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Schiefbahn, den 26. November 1904.

Die Vorstände der hiesigen Ortsgruppe und des Konsumvereins Eintracht.

Glas-Christbaumschmuck!

aus erster Hand, in bester solider Ausführung. Wirklich prachtvoll reichsortiertes **Sortiment I** gegen Einsendung von **Mk. 5** (Nachnahme 5.30), enthält 315 Stück mit echt Silber verspiegelte Atlas- u. Panoramakugeln, Eier, läutende Glöckchen, Trompeten, Vögel, Eichhörnchen, Früchte, Schneebällen, Leuchtblumen, Lichthalter, Baumspitze mit Silberhelm, wunderschön mit Silberdraht, Chenille und Seidenquasten verzierte Neuheiten, staunenerregende japanische Lampe usw. — **Sortiment II** zum selben Preise, enthält 124 Stück grössere Sachen; diesen beiden Sortimenten füge gratis eine diesjährige hervorragende Neuheit, Fruchtvasen 20 cm hoch mit Blumenbukett, 2 Packet Lametta u. 1 Engel bei. — **Sortiment III Mk. 4** (Nachnahme 4.30), enthält 276 Stück meist oben angegebene Sachen; dieses wird auf Wunsch auch geteilt eingerichtet. Hierbei gratis 2 Fruchtvasen 14 cm hoch, 2 Packet Lametta, Konfekthalter. ☛ Für Händler Extra-Sortimente von 8 Mk. und höher. Als leistungsfähiger Fabrikant bin ich in der Lage, Jedermann Vorteile zu bieten.

Max Heumann, Lauscha S.-Mein. No. 31.

Einer ganz besonders aufmerksamen Durchsicht empfehlen wir die heutige Beilage über sehr praktische Nikolaus- und Weihnachtsgeschenke der renommierten Firma:

Niggemann & Co.

123/125, Hochstrasse 123/125.

Spezialhaus allerersten Ranges für bessere fertige Herren- und Knaben-Bekleidung.

Normal-Biber-Hemdentuch u. Leinen

Damen- und Herren-Hemden, Hosen und Jacken

in grosser Auswahl zu soliden Preisen, empfehlen

J. & F. Biergans, Bocholt i. W.

Versandt nach auswärts gegen „Nachnahme". Umtausch gestattet.

Haben Sie Kinder?

Jede Mutter achte darauf, daß die Kinder keinen Bohnenkaffee trinken. Das Kaiserliche Gesundheitsamt sagt in seiner Veröffentlichung, daß Bohnenkaffee, der die Anfänge der Vergiftungs-Wirkungen des Koffein in sich trägt, sich nicht zum Genuß für Kinder, nervöse und herzkranke Personen eignet. Kathreiner's Malzkaffee ist der beste und bekömmlichste Ersatz.